

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgezeigte Kolonne
 sechs oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Insetate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Ansprechender: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 31. August 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Bezugs-Einladung.

Am 1. September 1898 beginnt ein neues Abonnement auf den
„Vorwärts“
 mit Unterhaltungsblatt und der illustrierten Sonntags-Beilage
„Die Neue Welt.“
 Der im Unterhaltungsblatt bisher erschienene Teil
 des Romans:
„Um die Freiheit“
 von Robert Schweichel
 wird neueintretenden Abonnenten kostenlos nachgeliefert.
 Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungspediteure sowie unsere
 Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen
 Preise von
1 Mark 10 Pfennigen frei ins Haus.
 Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements
 zum Preise von
1 Mark 10 Pfennigen
für den Monat September
 entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste
 für 1898 unter Nummer 7576.)
 Die Redaktion des „Vorwärts“.

Zu Lassalle's Todestag.

Vierunddreißig Jahre liegen zwischen dem Tode Lassalle's
 und dem Hinschied Bismarck's. Lassalle's Lebenswerk neigte
 seinem Ende zu, als er im Winter 1863/64 mit dem am An-
 fang seiner Erfolge stehenden Junker Otto v. Bismarck in
 Beziehungen trat. Bismarck hat es nie geleugnet, daß er sich
 von der Persönlichkeit des sozialdemokratischen Agitators un-
 gemein angezogen fühlte. Im Reichstage sagte er von
 Lassalle:

„Er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen,
 mit denen ich je verkehrt habe, er war ein bedeutender
 Mann.“
 Als später die Vermuthung auftauchte, in diesen Unter-
 haltungen habe es sich um politische Abmachungen gehandelt,
 da trat der Realpolitiker Bismarck diesen Insinuationen damit
 entgegen, daß er erklärte, seine Beziehungen zu Lassalle seien
 hauptsächlich persönlicher Natur gewesen.
 „Was hätte mir Lassalle bieten und geben können! Er hatte
 nichts hinter sich. In allen politischen Verhandlungen ist das do
 ut des eine Sache, die im Hintergrunde steht, auch wenn man
 ausnahmsweise einwillen nicht davon spricht. Wenn man sich
 aber sagen muß: „Was kannst Du armer Teufel geben?“ — „Er
 hatte nichts, was er mir als Minister hätte geben können.“
 Wir haben keinen Grund, den Eindruck zu bekräftigen, den
 Bismarck von Lassalle an jenen Winterabenden empfangen
 haben wollte, denn es war das Verhängnis des ganzen
 Systems Bismarck, daß er immer und auf allen Gebieten der
 Politik nur mit gegebenen, in die Augen fallenden Macht-
 größen zu rechnen mußte. Der ganze staatliche Körper war
 für ihn ein fertiges, der Entwicklung entrücktes, starres Ge-
 bilde, in dem jeder Wachsthum genau abmessbar und unveränder-
 lich war oder doch sein sollte. Mit ihnen als wie mit Gewichten
 arbeitete der vom Glück zu äußeren Erfolgen getragene junker-
 liche Minister Bismarck. Bei solchen Anschauungen mußte ihm
 allerdings der feurige und ehrgeizige Lassalle, der nichts
 als Wissen und ehrgeizige Pläne mit schönen Worten zu ent-
 wickeln vermochte, als ein armer geistreicher Teufel erscheinen.
 Es erging hier Bismarck, wie es dem reichen Schlächtermeister
 der Kunstausstellung ergeht, wenn er der künstlerischen
 Reproduktion einer Schlachthofszene gegenübersteht und mit-
 leidig spricht: „s muß a g'leitert sein.“ Dem wirklichen
 Schlächter erscheint der Künstler, der nur in seiner Phantasie
 mit Blut und Eisen arbeitet, wie ein armer Teufel.

Wäre Bismarck in dem Alter, da er Lassalle kennen lernte,
 noch im Stande gewesen, seine Anschauungen vom Staat und
 vom Rechtsleben zu ändern und weiter zu bilden, wäre er
 überhaupt fähig gewesen, an der Allmacht seiner politischen
 Grundzüge zu zweifeln, so hätte er Lassalle, den Rechts-
 gelehrten, sicherlich nicht als armen Teufel von sich gewiesen.
 Der zehn Jahre jüngere Mann, der hier Bismarck gegenüber-
 stand, trug die Zukunft in sich, und Bismarck's Politik
 wäre vor der seine Politik zerschmetternden Klippe gewarnt ge-
 wesen, auf die sie bei ihrer konsequenten Durchführung auf
 dem sozialen Gebiete nothwendigerweise auffahren mußte.
 Wenn Lothar Bucher einmal gesagt hat:
 „Wenn Lassalle die Tage von 1870 und 1871 erlebt hätte, so
 würde er sicherlich nicht die Feder gegen das deutsche Schwert ge-
 führt haben.“
 so können wir umgekehrt sagen: „Wenn Bismarck Lassalle's
 geistige Arbeit, die er in seinem „System der erworbenen
 Rechte“ niedergelegt hat, gewürdigt und ihre Früchte für sich ge-
 pflückt hätte, er hätte seine berüchtigte Depesche vom Jahre 1878,
 deren Inhalt das Sozialistengesetz bedeutete, nicht abgefaßt.
 Bismarck aber sah, im unumfänglichen Besitze einer großen
 politischen Macht, mit souveränem Stolz auf die Männer der
 Wissenschaft, die er sich höchstens als Handlanger gefallen
 ließ, herab, und bis zu einem gewissen Grade that er das
 mit Recht. Auch Lassalle desbeirrte die Kunst der Gelehrten,

für ihn lag der einzige Titel in der Leistung und die einzige
 Autorität in der Wahrheit. Aber gerade in dieser Einfach-
 heit verkannte ihn der dem äußeren Erfolg zugethane
 Bismarck und hat es nie gewußt und nie geahnt,
 daß ihm Lassalle für seine innere Politik nach Errichtung des
 Deutschen Reiches ein sicherer Wegweiser hätte sein können.

Im schneidenden Gegensatz zu Bismarck's rechnerischer
 und mechanischer Auffassung des politischen Lebens stellt Lassalle
 in seinem System der erworbenen Rechte nichts
 Geringeres dar als „die rechtswissenschaftliche Herausbringung
 des unserer ganzen Zeitperiode zu grunde liegenden
 politischen sozialen Gedankens“. Der inhaltliche Gedanke
 des Werkes in seiner höchsten und allgemeinsten
 Auffassung ist kein anderer, als der Gedanke der —
 aus der Rechtsidee selbst hervorspringenden und ihr entsprechen-
 den — Sinnüberführung ihres alten Rechtszustandes in einen
 neuen. Wenn Bismarck nur mit fertigen, realen und berechen-
 baren Mächten in der Politik rechnete, so konnte ihm Lassalle
 zeigen und aus der Geschichte nachweisen, wie neue Mächte
 entstehen, wachsen und ihre Verwirklichung erzwingen. Heute
 nach 34 Jahren zeigt uns der Verlauf der Dinge, daß für
 die Lassalle'sche Auffassung von der Entwicklung des
 Staatswesens und des Rechtslebens der Erfolg spricht.
 Die Arbeiterpartei, die Lassalle über Nacht aus
 dem Boden zu stampfen gedachte, ist zu einer realen
 Macht geworden. Und an sie wollte Bismarck bis zu
 seinem Lebensende nicht glauben, da er sie vor 34 Jahren
 in dem ihm übergebenen Staatsinventar noch nicht vorgefunden
 hatte. Sie wälzt heute die bestehende Rechtsordnung um, ja,
 sie hat schon ein gut Theil derselben für ihre Zwecke erobert.
 Die nach außen erfolgreiche Politik Bismarck's hat so vor der
 Sozialdemokratie die Segel streichen müssen. Bismarck ist
 todt, Lassalle's Ideen aber leben. Für den armen Teufel von
 einst, der nichts, aber auch gar nichts als Ideen dem machtthätigen
 Minister bieten konnte, ist heute Bismarck und seine innere Politik
 eine abgethane Sache, die für ernste politische Verhandlungen,
 die namentlich für die Lösung der sozialen Frage nicht mehr
 der Rede werth ist. Lothar Bucher, ebensoviel der Vertraute
 Lassalle's wie der Bismarck's, der beider literarische Nachlässe
 mitbesorgt hat und weder von dem Erfolge des allmächtigen
 Ministers sich gänzlich blenden, noch von dem Schicksal „des
 armen Teufels“ zu einer Verkennung der Größe Lassalle's sich
 verleiten ließ, hat die Bedeutung Lassalle's als eines
 Propheten der Zukunft, der über die Bismarck'sche
 Politik hinausragt, mit einem Zitat Lessing's gemünzt, das
 der nachhaltigen Wirksamkeit des großen weitblickenden Agi-
 tators Lassalle gerecht wird:

„Es hat zu allen Zeiten Menschen gegeben, welche richtige
 Wille in die Zukunft thaten und nur diese Zukunft nicht erwarten
 konnten. Wozu die Geschichte sich Jahrhunderte Zeit nimmt, das
 soll in dem Augenblicke ihres Daseins reifen.“

Das Rundschreiben des Zaren Nikolaus

hat einen großen Erfolg gezeitigt; wir wollen es dahin gestellt
 sein lassen, ob einen beabsichtigten oder nicht beabsichtigten,
 jedenfalls aber einen den Frieden nicht fördernden. Der
 Erfolg ist eine Betonung des Revanchegedankens durch die
 bürgerliche Presse Frankreichs, wie sie sich einmüthiger
 und entschiedener, wenn auch in der Form ruhiger
 seit vielen Jahren nicht vernehmen ließ. Selbst
 Blätter wie der „Temps“, die die auswärtige Politik
 nüchtern und ernst aufzufassen, erklären, daß ohne Rückgabe
 Elsaß-Lothringens und ohne Regelung der ägyptischen Frage
 an einen dauernden Frieden nicht zu denken ist. Mit anderen
 Worten heißt dies, die ewige Schraube der Kriegsrüstungen geht
 weiter. Desto leichter ist es nun den Vertretern der anderen Militär-
 staaten, desto lebhafter Sympathie für das Projekt des Selbstherrschers
 aller Reußen zu dokumentiren, weiß man ja doch, daß der
 Vorschlag ein todtgeborenes Kind ist. Darum kann es nicht
 Erstaunen hervorrufen, daß die Organe der Regierung des
 Dreibundes sich den Anschein geben, als ob sie überaus be-
 geistert wären über die Kundgebung. Die „Nordd. Allg. Ztg.“,
 die noch vor kurzem berufsmäßig das Evangelium der ge-
 panzerten Faust zu rühmen hatte, schreibt heute:

Die gestern mitgetheilte Einladung Sr. Majestät des Kaisers
 von Rußland zu einem allgemeinen Abrüstungskongreß findet in
 Deutschland die warme und aufrichtige Zustimmung,
 deren sie als ein die Welt überstrahlendes Evan-
 gelium echter Friedensliebe bei unserem Kaiser
 und dem deutschen Volke von vornherein gewiß sein konnte. An
 dem Tage, wo Nikolaus der Zweite das Denkmal des alten Russen
 unvergeßlichen Jar-Befreiers enthüllte, hat er das eigene Haupt
 mit dem Lorbeer des Friedens-Zar umflochten und sich selbst ein
 unvergänglichliches Denkmal gesetzt.
 Niemand kann diese That edler Menschenliebe freundlicher ge-
 würdigt werden, als in unserem Vaterlande, das, nach ruhmvollen
 Kriegen gereit, die Bewahrung des Friedens stets allen anderen
 Zielen vorangestellt und große militärische Machtmittel niemals
 anders als zur Verhütung gewaltthätiger Entwicklungen auf-
 geboten hat.
 Schwierigkeiten, wie sie jeder große Kulturgebäude auf
 dem Wege von seiner Entstehung bis zur Verwirklichung
 durchlaufen muß, sollen uns nur um so eifriger bemüht
 finden, das hochherzige Programm des Kaisers Nikolaus,
 soweit es an uns liegt, durchzuführen zu helfen. Aus dem
 redlichen Bestreben, Widerstände gemeinsam zu überwinden,
 werden die beiden Kaiserreiche für ihre wechselseitigen Beziehungen
 neuen Gewinn schöpfen, wäre es auch nur eine unzweifelhafte

Bestätigung der werthvollen Einsicht, daß weder Rußland für
 Deutschland, noch umgekehrt Deutschland für Rußland ein Hinderniß
 auf dem Wege bildet, der zum Weltfrieden führen könnte.

Der „Hamburgische Correspondent“ bringt folgendes
 Original-Telegramm aus St. Petersburg:

Der Gedankenaustausch zwischen den Kaisern Wilhelm
 und Nikolaus über die Herstellung eines dauernden Friedens-
 zustandes hat die Identität der Wünsche beider
 Monarchen festgestellt.

Bemerkenswerth ist auch die Aeußerung des oft offiziösen
 „Hamb. Corr.“. Er schreibt:

Ob der Gedanke der Abrüstung und der Aussichts, den er er-
 öffnet, nicht zu schön ist für unsere, von Gegenfragen zerrissene
 Zeit, ob sich seiner Verwirklichung nicht Schwierigkeiten unüber-
 windlicher Art in den Weg stellen, muß ja freilich abgewartet
 werden, aber auf alle Fälle ist ein großes und bedeutungsvolles Wort
 gesprochen worden, das nicht nur um der Stelle willen, von der
 es ausgeht, sondern auch um seiner selbst willen als eine wahre
 Kulturthat mit aufrichtiger Befriedigung begrüßt werden muß,
 und das der Menschheit auch dann nicht verloren sein könnte,
 wenn ihm für den Augenblick der erstrebte und wünschenswerthe
 Erfolg noch nicht beschieden sein sollte.

Die Organe der österreichischen und ungarischen
 Regierung ahnen sich folgendermaßen: Die halbamtliche
 „Wiener Abendpost“ sagt in einer Besprechung der Kund-
 gebung im russischen „Regierungsbote“:

Die Bestrebungen der Anhänger des Weltfriedens erhielten durch
 die hochherzige Initiative des Zaren neue Anregung. Die in Europa
 geschlossenen Bündnisse hätten denselben Zweck der Erhaltung und
 der Sicherung des Friedens verfolgt. Wie überall, werde der
 hochmüthige Akt des Zaren auch in Oesterreich-Ungarn die ihm ge-
 bührende entgegenkommende Aufnahme finden, zugleich mit den
 besten Wünschen für das glückliche Gelingen der edlen Absicht.

Das offiziöse Organ der ungarischen Regierung und des
 österreichisch-ungarischen Auswärtigen Amtes, der „Pester
 Lloyd“, sagt folgendes:

Von Rußland ist eine Initiative von ganz außerordentlicher
 Bedeutung und Tragweite ausgegangen. Der Zar hat den Zu-
 sammentritt einer europäischen Abrüstungskonferenz angeregt. Der
 Vorschlag, für dessen Begründung man nicht viele Worte zu ver-
 lieren braucht, da ja der bewaffnete Friede mit seinen ungeheuren,
 stetig wachsenden Lasten am eindringlichsten für ihn spricht,
 bildet an sich ein rühmliches Zeugniß für die hochherzige
 Gesinnung des Kaisers von Rußland. Kaum ein anderer Souverän
 konnte, gleich ihm, völlig frei von der Beforgniß, daß seine Ab-
 sichten mißdeutet werden möchten, die Propaganda für seine groß-
 artige Idee auf den Boden praktischer Politik stellen. Dem
 mächtigen Rußland, dem schwerlich von irgend einer Seite ein
 Angriffskrieg droht, wird nicht imputirt werden können, daß seine
 Initiative auf eine Anwendung von Schwächegefühl zurück-
 zuführen ist, vielmehr ist die Vorstellung in der Oeffentlichkeit
 noch nicht erschüttert worden, daß die expansive Tendenz von
 der internationalen Politik Rußlands unzer trennlich sei. Wenn
 nun diese Macht mit ihrer vollen Autorität für Herstellung
 europäischer Friedensgarantien, welche die in den Friedens-
 Bündnissen enthaltenen noch überwiegen sollen, und für Ver-
 minderung und Begrenzung der militärischen Rüstungen eintritt,
 so ist dies nicht nur im hohen Grade dankenswerth, sondern zeigt
 auch, daß bisher ins Reich der Träume verwiesene Ideen mindestens
 spruchreif geworden sind.

Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Wien telegraphirt:

In hiesigen politischen Kreisen ist die Meinung über
 die diplomatischen Ergebnisse der Anregung des Kaisers von Ruß-
 land sehr getheilt. Man hält zwar dafür, daß die Mächte die
 Theilnahme an der Konferenz nicht ablehnen werden, glaubt aber,
 es sei ausgeschlossen, daß auf der Konferenz aktuelle Fragen der
 Politik zur Verathung gelangen könnten. Die Konferenz
 könnte nur einen theoretischen Charakter tragen; im besten
 Falle könnte ein Abkommen getroffen werden, wonach sich die
 Staaten verpflichten, die Rüstungen nicht über den status quo
 zu erhöhen. Entgegen anderweitigen Meinungen wird versichert,
 daß der Zar keinem anderen Herrscher vorher von seiner Absicht
 Mittheilung gemacht hat.

Die italienische Regierung hat den Zaren zu seiner
 Kundgebung beglückwünscht und die von der italienischen Re-
 gierung abhängige Presse stellt sich auch ungeheuer begeistert,
 sie kann dies ruhig thun, weiß sie doch, daß den herrschenden
 Klassen Italiens die Truppen für die Niederwerfung der
 eigenen Landesangehörigen und die Offiziere für die Kriegs-
 gerichte erhalten bleiben.

Am wichtigsten ist die Haltung der französischen
 Regierung; über sie wird aus Paris telegraphirt:

„Nach dem „clair“ wird der Ministerrath demnachst sich
 mit dem Rundschreiben des Grafen Murawjew beschäftigen.
 Drumont kündigt an, er werde Minister Delcassé sofort nach
 Zusammentritt der Kammer über die auswärtige Politik inter-
 pelliren. Der Deputirte Birman hat die Regierung davon ver-
 ständigt, daß er bei dem Wiederzusammentritt der Kammer eine
 Interpellation über die Kundgebung des Kaisers von Rußland ein-
 bringen wird, um der Regierung Gelegenheit zu offiziellen Er-
 klärungen zu geben.

Die Blätter besprechen auch heute noch den russischen Vor-
 schlag. Fast alle erklären, Frankreich müsse dem Prinzip der
 Konferenz zustimmen. Viele meinen jedoch, dem Abrüstungs-
 projekt müsse eine Umgestaltung der Karte Europas vorangehen.
 Der „Matin“ bemerkt, diese Umgestaltung sei eine Utopie, folglich
 sei es auch die Abrüstung. „Gaulois“ sagt, zwei Fragen müssen
 vorher geregelt werden, die elassische und die ägyptische.

Der „Temps“, das ernsteste bürgerliche Blatt Frankreichs,
 schreibt:

Frankreich begrüßt die Initiative seines Verbündeten
 sympathisch. Aber es darf sein moralisches Erbe nicht
 aufgeben, wenn es nicht auf seine Existenzberechtigung ver-
 zichten will. Nicht nur der Selbstbehaltungszwang zwingt Frank-
 reich, an die Abrüstungsfrage mit Reserve und Bedenken heranzu-
 gehen. Es dürfen auch die feineren in Depeschenwechsel

zwischen dem Kaiser von Rußland und dem Präsidenten France gebrachten Worte „Recht und Gerechtigkeit“ nicht vergessen werden, welche im Jahre 1871 in bisher nicht wieder gut gemachter Weise verletzt wurden. So lange diese Rechtsverletzung nicht ausgelöscht sei, dürfe Frankreich der Durchführung der von Marawjew angerufenen Grundzüge nur dann zustimmen, wenn es Gemüthung für die Vergangenheit sich gesichert habe.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns: Der unglückliche Abrüstungsvorschlag des Zaren hat auch die französische Presse vollkommen überrascht, noch mehr als das: in sichtlich Verlegenheit versetzt. Zarenfreundlich wie die bürgerliche Presse ist, muß sie begeisterte Lobeshymnen auf die „edle, großartige, unergänzliche“ z. Initiative anstimmen. Unter den Zeitungen, die sich bisher geäußert haben, finden sich nur zwei, welche ganz offen die eigennütigen Beweggründe des Abrüstungs-Vorschlages hervorheben. Es sind das die sozialistische „Petite République“ und die halbsozialistische „Aurore“, Organe, denen die Zarenfreundschaft von jeher verdächtig ist. Aber hinter den einstimmigen Lobeshymnen der übrigen Presse merkt man deutlich ein Gefühl der Beunruhigung, welches durch zweierlei Erwägungen verursacht wird. Einerseits befürchtet man, aus der geplanten Abrüstungskonferenz möchte ein allgemeiner Konflikt sich entwickeln; andererseits wird in den meisten Blättern namentlich die Eltsch-Lotringer-Frage als ein Hinderniß betont. Die Lösung dieser Frage nach den Wünschen Frankreichs wird als die selbstverständliche *conditio sine qua non* (unvermeidliche Vorbedingung) der Abrüstung betrachtet. Einige Blätter verstehen sich sogar zu der Annahme, daß die russische Regierung bereits die „schwierigsten Hindernisse“, d. h. eben die Eltsch-Lotringer-Frage, überwunden haben müsse, bevor sie mit ihrem Vorschlag offiziell hervorgetreten ist. Ferner wird vielfach in dem gleichen Ideenkreis das Zusammenfallen des Vorschlages mit dem Jahrestage der Kronstädter Allianz-Konferenz betont. . . Diese optimistischen Vermuthungen dienen dazu, die Revanche-Hoffnungen mit der humanitären Idee des Weltfriedens zu verbinden.

Ein erfreuliches Gegenstück zu den Halbheiten der bürgerlichen Presse stehen die Ausführungen der „Petite République“. Ohne sich über die möglichen Ergebnisse der diplomatischen Abrüstungskonferenz zu täuschen, hebt unser Pariser Parteiblatt die Vortheile der Abrüstung für das internationale Proletariat hervor, ebenso wie insbesondere für die sozialistische Aktion in Frankreich. „So würde z. B. in Frankreich der dumme Chauvinismus verschwinden und erlöschen, der in den Händen der Reaktionäre die gefährlichste Waffe gegen die sozialistischen Lehren ist. Seiner Zukunft sicher, einerseits frei von Furcht einer Invasion und Zersplitterung, und andererseits frei von der Revanche-Tollheit, könnte das Volk fortan in aller Ruhe für die Wahrnehmung seiner materiellen Interessen sorgen.“

Aber gerade diese Aussichten sind für die Machthaber Frankreichs — vielleicht in noch höherem Maße als für die Machthaber der anderen militärischen Länder — ein weiteres Argument gegen die Abrüstung. So schreibt bereits Cornély im „Figaro“, ein Journalist, dessen Eigenart im rücksichtslosen Ausprechen der brutalsten Gedanken der herrschenden Klassen besteht: „Es ist sicher, daß die ungeheuren modernen Armeen eine fortwährende Drohung für den Frieden sind. Könnte man aber beweisen, daß sie wenigstens für gewisse Nationen (wie: für Frankreich) nicht eine unentbehrliche nationale Schule der Disziplin geworden sind, eine Art höherer Kurse für Gymnastik, Patriotismus und Gehorsam, darauf berechnet, das Werk der Schule (der Militärschule) zu vervollständigen oder vielmehr zu berichtigen?“

Im übrigen wird die nächste Zukunft, falls der zarische Vorschlag ernst gemeint ist, zeigen, welchen Einfluß er auf die franco-russische Allianz ausüben wird bzw. inwiefern er von der Allianz unabhängig ist. Nach den Aeußerungen der bestunterrichteten Beobachter zu urtheilen, scheint nämlich die französische Diplomatie in die Vorbereitungen des Abrüstungsvorschlages nicht näher eingeweiht worden zu sein, wie die Diplomatie der anderen Länder. Und wenn die Abrüstungsnote der russischen Regierung offen die Ohnmacht der „von den großen Staaten geschlossenen Bündnisse“ für die Aufrechterhaltung des Friedens eingesteht, so kann das wohl nichts anderes besagen, als daß der Zweibund für Rußland seinen früheren Werth verloren hat. Die französische Presse überhebt jedoch vorläufig — vielleicht nicht unabsichtlich — diese Seite der Frage vollständig.

Aus England liegt die sehr bemerkenswerthe Aeußerung der „Times“, des wichtigsten Blattes des Landes, vor. Es äußert sich folgendermaßen:

Wenn Frankreich sich dem vorgeschlagenen Abkommen gegen das Anwachsen der Rüstungen nicht anschließt, so muß auch Deutschland fortfahren zu rüsten; und so lange diese beiden Mächte einander gegenüber stehen, ist es müßig, sich Gedanken über Verkürzung des allgemeinen Friedens hinzugeben. Es ist nicht unmöglich, daß der Schritt des russischen Kaisers die Zweifel, welche in der letzten Zeit in Frankreich wegen der praktischen Vortheile des russischen Bündnisses aufgetaucht, erheblich steigern könnte.

Ueber die Aeußerungen der amerikanischen Presse wird der „Frankf. Ztg.“ aus New-York gemeldet:

Die Zeitungen bestreiten warm den Vorschlag des Zaren, weisen indes auf die enormen Schwierigkeiten der Durchführung hin.

Aus Washington wird telegraphirt: Die Note des russischen Ministers des Aeußeren Grafen Marawjew hat die erste Aufmerksamkeit der hiesigen amtlichen Kreise auf sich gezogen. Es herrscht der Eindruck, daß der Sieg der Vereinigten Staaten über Spanien ein Faktor sei, der zur Vorbereitung der Note beigetragen habe. Die hiesige offizielle Auffassung betrachtet den Plan des Kaisers Nikolaus als zur gegenwärtigen Zeit utopisch. Obgleich jede Aeußerung über die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber der vorgeschlagenen Konferenz nur einer Mutmaßung gleichkommt, so lange die Einladung hier noch nicht eingegangen ist, so glaubt man doch, daß Amerika nicht geneigt sei, sich aktiv an den Verhandlungen zu betheiligen.

Aus unserer Parteipresse wären endlich die folgenden bemerkenswerthen Aeußerungen zu registriren: Die „Leipz. Volksztg.“ schreibt:

Die Weisheit des Rabbi Ben Aiba, daß es nichts Neues unter der Sonne gebe, ist glänzend ad absurdum geführt. Nikolaus II., der Zar aller Reußen, der Selbstherrlicher, der in kaiserlicher Gestalt das brutale System der politischen Unterdrückung und ökonomischen Anechtung im Innern, der Sperrzoll- und Eroberungspolitik auf höchster Stufenleiter nach außen vertritt, der junge Zar Nikolai läßt in einem Petersburger amtlichen Blatte einen Ausschrei veröffentlicht, der nicht mehr und nicht weniger als die allgemeine Abrüstung fordert.

Aber daß gerade der russische Zar, dessen Geschichte die Geschichte der rohen Gewalt und letzten Anexion ist, jetzt, wo seine Jagdgründe sich so erweitert haben, die Waffen einzulegen und das Friedenslammchen auf grüner Wiese spielen will, dies Scherzspiel erscheint dem doch recht verdächtig.

Was bei diplomatischen Kongressen und Konferenzen, mögen sie über die orientalische Frage, über den internationalen Arbeiterkongreß oder über Abrüstung und Weltfrieden berathen, herauszufragen pflegt, darüber sind wohl alle Einsichtigen sich klar. Die Dinge heute liegen, wird der Nikolaitische Friedenskongreß mit seiner pompösen Gala und seinen schönen Reden ausgehen wie das Hornberger Schießen, nämlich das Klasseninteresse der Herrschenden den Militarismus wie gegen den äußeren auch gegen den inneren Feind so nötig braucht wie das liebe Brot. Klassenstaat und Militarismus wachsen an einem Stamme, und der Militarismus stirbt nur mit dem Kapitalismus.

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ bemerkt:

Wird nun die Konferenz praktische Folgen haben? Dazu ist sie nicht angethan. Wandel in diesen Dingen können nur die Völker schaffen, nicht die Regierungen, und am allerwenigsten der Selbstherrlicher von Rußland. Aber für uns wird jene zarische Kundgebung von Nutzen sein. Sollen wir uns jetzt noch den Kopf zerbrechen über unsere Stellung zu den militärischen Rüstungen? Man vergleiche, was auf Seite 127 des Hamburger Protokolls steht, mit den jetzigen Ausführungen des Geschäftsführers der militärischsten aller Regierungen. „Unvermeidlich“, „wir können die Soldaten nicht mit Stodprügeln austrüsten!“ — wer lacht da?!

Auf Befehl Seiner Majestät des Zaren wird in Europa eine antimilitärische Agitation unter den Regierungen entwickelt. Wir wären Narren, wollten wir die Situation nicht ausnützen. Die Zwecke, welche der Zar damit verfolgt, gehen uns nichts an, wir haben unsere eigenen Ziele, und kein Geschäftsführer thut ja nichts anderes, als daß er unsere Argumentation übernommen hat. Wollen wir aber die Situation ausnützen, so müssen wir die Dinge weiter treiben. Wir müssen, wie es bereits von Genosse Kagenstein vorgeschlagen wurde, einen Gesandtenwurf über Einführung der Volksmiliz einbringen.

Die Breslauer „Vollswacht“ sagt:

Wir meinen, der Militarismus ist derart eng verknüpft mit den vitalsten Interessen der herrschenden kapitalistischen Kreise und Klassen, daß eine irgendwie erhebliche Einschränkung desselben auf dem vorgezeichneten Wege unausführbar sein dürfte.

Die „Rheinische Zeitung“ schließt ihre Betrachtungen mit dem folgenden Satze:

Jedenfalls ist mit der Anregung Rußlands die Gelegenheit gegeben zur Prüfung, wie weit es den Regierungen ernst ist mit ihren Versicherungen, daß alle Rüstungen nur des Friedens wegen geschähen und daß der eine Staat rüsten muß, weil der andere rüstet.

Angesichts der neu angelegten Heeresvermehrungen ist es doppelt interessant, wie Deutschland sich verhalten wird.

Das „Hamburger Echo“ erklärt:

Diese Militärparanien werden darum auch wohl über den russischen Vorschlag mit um so größerer Wuth herfallen, als sich gerade jetzt in Deutschland wiederum eine neue Militärvormehrung vorbereitet. Diesen Plänen verfehlt das Vorgehen des russischen Zaren einen schweren Schlag. Und bei den kommenden Verhandlungen wird es ein Schauspiel für Götter abgeben, wenn sich die demokratischen Feinde des Militarismus für ihre Argumente auf den Selbstherrlicher aller Rüssen berufen können!

Die „Münchener Post“ läßt sich folgendermaßen vernehmen:

Dieser Ulaß des russischen Selbstherrschers beweist, daß die Weltgeschichte zeitweise ironisch wird. Der Vertreter des ausgesprochensten absolutistischsten Regierungssystems in Europa, der unumschränkte Herrscher eines seit Peter dem Großen auf Eroberungspolitik ausgehenden Staates, richtet hier an die Militärstaaten Worte des Friedens, wie sie in Deutschland seit Jahrzehnten von den Reichsfeinden und Umsätzlern vergebens ausgesprochen wurden. Das „Väterchen“ als Friedensapostel — eine bittere Wille für die Molochenthufasten in Deutschland, Frankreich und anderswo. Nur schade, daß der Friedensengel an der Weiva nicht einige Monate früher seine internationale Abrüstungshymne zu singen begann, als unsere Marine-Enthusiasten mit so triftigen Gründen die Nothwendigkeit neuer Rüstungen bewiesen.

Indessen kommt die kaiserliche Kundgebung gerade rechtzeitig genug, um den in Berlin an der Begründung der neuen deutschen Militärvorleser arbeitenden Herren recht unbequem zu werden. Der Hinweis auf die Rüstungen der anderen Staaten dürfte jetzt, wo der für den Frieden gefährlichste Staat die Friedensschonmeißt selbst bei dem militärfrommsten Spielern nicht mehr zögen. Und das seit 26 Jahren so wirksam verwendete russisch-französische Bündniß mit dem Schreckgespenst eines Krieges nach zwei Fronten verliert in dem Augenblicke alle Körperlichkeit, wo Rußland Frieden und Abrüstung verkündet.

Auf den Eindruck, welchen die Kundgebungen auf die großen Staatsmänner der westlichen Kulturstaaten ausüben wird, darf man gespannt sein. Angenehm ist ja die Situation für die Generalstabsführer in Frankreich ebenso wenig, wie für die romantischen Wüchergemüthen in Deutschland. Und wenn auch die Konferenz — falls sie überhaupt zu stande kommt — wahrscheinlich kein anderes Resultat zeitigen wird, als die mit ähnlichen wohlwollenden Sähen eingeleitete Arbeiterkongferenz, so bleibt doch die denkwürdige Thatsache bestehen, daß der nackte Absolutismus die Gemeingefährlichkeit des Molochsystems früher und rechtzeitig erkannt hat, als das konstitutionelle, scheinkonstitutionelle und soziale Königthum, früher auch als das unter republikanischer Firma Geschäfte machende Bürgerthum. Zunächst haben nun alle „wahren“ Patrioten und Kanonenschwärmer das Wort.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. August.

Die Abrüstungsfrage beherrscht die Erörterungen in der gesammten bürgerlichen Presse. Leider zeichnen sich die Besprechungen nicht durch Tiefe, sondern bloß durch Breite und Flachheit aus, alle übrigen Fragen treten in den Zeitungen völlig zurück. Der Standpunkt des „Vorwärts“, der auch in dieser Frage von dem der bürgerlichen Presse stark abweicht, wird sehr bemerkt. Ein Theil der Presse wundert sich, daß wir nicht in die Falle hineingegangen sind, die die Staatsmänner an der Weiva geschickt zu stellen verstanden. Vielleicht lernen nun endlich die bürgerlichen Zeitungen, daß die Haltung der Sozialdemokratie zum Militarismus und zur Auswärtigen Politik doch etwas anderes ist, als der Lamtam der Friedenskongreßler.

Wir glauben in der Beurtheilung des neuesten Schachzuges der russischen Diplomatie weitsichtiger gewesen zu sein, als die sentimentalischen Leitartikelschreiber, die sich in Superlativen über die weltgeschichtliche That des großen Friedensfürsten Nikolaus II. nicht genug thun konnten. In einem besonderen Artikel geben wir die wichtigsten Aeußerungen über die Kundgebung des Zaren wieder.

Ueber die Ergebnisse der bedingten Strafausscheidung, die bekanntlich in Preußen nach dem Erlass vom 25. Oktober 1895 bei jugendlichen Verurtheilten zulässig ist, erfährt die „Köln. Ztg.“, daß sie bisher nur unvollkommen befriedigen. Dies lächne wenigstens in sofern der Fall zu sein, als die Amtsgerichte als Behörden für die Strafvollstreckung in Frage kommen, also hinsichtlich der von den Amtsgerichten und Schöffengerichten ausgeprochenen Freiheitsstrafen wider jugendliche Missethäter.

Mindestens recht ungleich soll die Haltung und Uebung der die Strafen vollstreckenden Einzelrichter gegenüber solcher Ausdeutung des Strafvollzuges sich gestalten. Die Zahl der jugendlichen Verurtheilten lag in den letzten Jahren an ihrer bekannten und oft bedauerlichen Beträchtlichkeit wenig oder nichts eingebüßt. Woher jene Zurückhaltung, man möchte sagen Ungewissheit in der Strafvollstreckung, die dem Geiste der so menschlichen und erweichlichen Bestimmungen so wenig entspricht? Wir reden, wie gesagt, hier einmal nur von den Amtsrichtern als Strafvollstreckungs-Behörden, behalten uns aber vor, die Staatsanwaltschaft unter diesem Gesichtswinkel ein andermal ins Auge zu fassen. Es wäre nun gewiß nicht gefehlt, die Deutung etwa darin zu suchen, daß es immerhin bequemer sei, eine Freiheitsstrafe zu vollstrecken, als wegen der Strafausdeutung einen Bericht mit Gründen aufzulegen und überhaupt den Verurtheilten, den Straffall sammt den Akten mit Rücksicht auf die Möglichkeit schließlich Begnadigung eine ziem-

lich geraume Spanne Zeit zu verfolgen. Der Justizminister hat am Schluß seiner eben so klaren wie eingehenden Verfügung vom 19. November 1895, die sich mit der Ausführung des königlichen Erlasses befaßt, anerkannt, bei dem Umlange des preussischen Staates und der dadurch bedingten großen Zahl der einschlägigen Verurtheilten sei es für ihn als die oberste Aufsichtsbehörde unmöglich, jeden einzelnen Fall der Verurtheilung mit Bezug auf die Frage des bedingten Strafausschubs zu untersuchen, daher habe er den Justizbehörden einen erheblichen Einfluß bei Beurtheilung dieser Frage eingeräumt, um wesentlich auf Grund der eingegangenen Berichte mit Urtheil und in der Regel ohne auf die Akten selbst zurückzugehen, auf Grund der ihm ein für allemal erteilten Ermächtigung die Bewilligung eines längeren Strafausschubs zu erteilen.

Eine für das Vereinsleben wichtige Entscheidung hat das Landgericht in Kiel gefaßt. Der Genosse Holzhausen in Preetz hatte am 15. Mai 1895 ein Vergnügen des Vereins deutscher Schuhmacher veranstaltet. Außer den Mitgliedern des Vereins waren auch einige Gäste gegen ein Entree von 50 Pf. eingeführt worden. Nach Ansicht der Polizei hatte das Vergnügen infolge Einführung der Gäste den Charakter eines öffentlichen getragen, wozu eine polizeiliche Erlaubniß nicht erteilt worden war. S. erhielt deshalb ein Strafmandat von zehn Mark, wegen gerichtliche Entscheidung beantragt wurde. Das Schöffengericht in Preetz verurtheilte den Genossen Holzhausen wegen Verletzung der Polizeiverordnung vom 22. Februar 1872 zu 10 M. Geldstrafe ev. 1 Tag Haft. Wegen dieses Urtheil legte der Angeklagte Berufung ein. Aber auch das Landgericht Kiel verwarf die Berufung mit der Begründung, daß es die Einführung von Gästen gegen Entree für festgesetzt erachte und dadurch die Kriterien der Öffentlichkeit des Vergnügens gegeben seien. Das Berufungsgericht nahm als Grundlage zur Beurtheilung der Sachlage die vom Staatsanwalt Stechow angeführte Ministerialverfügung vom 2. November 1884 an, wonach alle Vereinsvergüngen, zu denen Gäste eingeführt werden, als öffentliche Veranstaltungen anzusehen seien. Die Berufung des Angeklagten auf die bekannte Kammergerichtsentscheidung, wonach ein Vereinsvergüngen durch Einführung von Gästen gegen Entree — sofern der Kreis ein abgegrenzter bezw. beschränkter ist — was in diesem Falle thatsächlich zutrifft — noch keineswegs den Charakter eines öffentlichen trägt, fand keine Beachtung. Durch die widersprechende Auffassung des Kieler Landgerichts gegenüber der des Kammergerichts ist der Polizei abermals eine längst erloschene Waffe zur Mahregulung mitleidiger Vereine gegeben.

Die Generalversammlung des Arbeitervereins zu Liebenmühl hat, wie dem „Berl. Tagebl.“ aus Elbing gemeldet wird, acht Mitglieder ausgeschlossen, die bei der Reichstagswahl in sozialdemokratischem Sinne agitiert und gewählt hatten.

Auf der Erfurter Hauptversammlung des Verbandes deutscher Gewerbevereine brachte der Postexpedient Ostertag am Karlsruher eine Resolution ein, die im Sinne des gestern erwähnten Schneider'schen Reserats gehalten war. Diefelbe lautete:

Die Hauptversammlung des Verbandes deutscher Gewerbevereine erachtet aus Gründen des Allgemeininteresses, insbesondere zur Erhaltung eines lebenskräftigen mittleren und kleinen Handels- und Gewerbebestandes eine wirksame Besteuerung der großen Waarenhäuser für dringend geboten. Diese Besteuerung soll einerseits einen gerechten Ausgleich schaffen und andererseits eine zu schnelle und maßlose Vergrößerung der größeren Waarenhäuser thunlichst verhindern. Als eine derartige Besteuerung empfiehlt die Versammlung eine progressive Umsatzsteuer in Verbindung mit einer progressiven Ertragsteuer bei Deklarationspflicht. Die Versammlung beauftragt die Verbandsleitung, diese Resolution zur Kenntniß der Regierungen zu bringen.

In der Debatte fand diese Resolution getheilte Aufnahme. Der Vorsitzende, Direktor Romberg-Köln, erklärte: Sein persönlicher Standpunkt sei, von einer Beschlußfassung Abstand zu nehmen, zumal kein Vertreter einen entsprechenden Auftrag von seinem Verein haben dürfte. Wenn jedoch ein Beschluß gefaßt werden solle, dann sei es erforderlich, mit Rücksicht auf die große Tragweite der Erklärung, letztere zunächst dem Vorstandsrath zur Veratung zu überweisen. — Abg. Jacobs-Köln: Erfurt bezeugte es als dringend notwendig, in dieser brennenden Frage einen bestimmten Beschluß zu fassen. Die Gefahr sei zu groß, als daß man einen Beschluß in dieser Beziehung noch hinausschieben könne. Es müsse möglichst sofort etwas geschähen, um den ehelichen deutschen Kaufmann und Gewerbetreibenden vor der Eroberung durch die Groß- und Randschwarzerei zu schützen. Wenn die Vertreter von ihren Vereinen auch keinen Auftrag haben, so kennen sie doch zweifellos die Meinung ihrer Vereine.

Nach kurzer Besprechung wurde dem Vorschlage Genrich, die Mißstände der Waarenbuzare durch Fragebogen von den Mitgliedern feststellen zu lassen und den Vorstandsrath zu Schritten zur Abstellung der Mißstände zu veranlassen, mit 51 gegen 45 Stimmen zugestimmt. Der Vorsitzende erklärte dann, der Vorstand werde sofort ans Werk gehen und noch in diesem Jahre zur Erledigung dieser Angelegenheit eine außerordentliche Vorstandsrathssitzung nach Köln einberufen. Die Ostertag'sche Resolution soll die Grundlage der Beratungen bilden.

Die Verammlung erörterte dann die Frage der Sicherungen der Forderungen der Bauhandwerker. Justizrath Müller aus Köln brachte eine Reihe von Vorschlägen ein, von denen uns folgender der wichtigste zu sein scheint: „Strafrechtlich ist zu bestimmen: Wer einen Bau ausführt, ist verpflichtet, wie der Kaufmann, gemäß § 38 des Handelsgesetzbuches, Bücher zu führen; unterläßt er dies und stellt er seine Zahlungen ein, oder geräth er in Konkurs, so unterliegt er wie der Kaufmann den strafrechtlichen Bestimmungen der §§ 208 bis 212 und 214 der Konkursordnung; was dort von Handelsbüchern bestimmt ist, gilt für den Bauherrn bezüglich der von ihm zu führenden Bücher.“

Von der preussischen Regierung angearbeiteten Gesetzentwurf erklärte Justizrath Müller als ungenügend; der Entwurf erwähre zwar das Bauern, gewähre aber vor den Bauhandwerkern keinen ausreichenden Schutz. Beschlossen wurde, die Müller'schen Vorschläge den einzelnen Vereinen zur Veratung zu überweisen.

Ein Fund. Das „Vollblatt für Waldeck und Hessen“ schreibt: Gefunden und auf der Redaktion zum Abholen seitens des Berichtsträgers deponirt wurde ein Rapport des Schuhmanns Schröder an seine vorgelegte Behörde, in welchem er, wie wir hier gleich rühmend erwähnen wollen, vollkommen fehlerlos die Abonnenten festgesetzt hat, welchen gestern Nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr in seinem Revier (Kassensalgasse und Graben) das „Vollblatt“ zugestellt wurde.

Wird das Polizeipräsidium es für indiskret halten, wenn wir uns bei dieser Gelegenheit die bescheidene Anfrage erlauben, zu welchem Zwecke die Schutzleute in Kassel mit der maßvollen Aufgabe belastet wurden, auf diese originelle Art die Abonnenten des „Vollblatt“ auszuhaldern? Werden auf diese gleiche Art auch die Abonnenten der anderen Tagesblätter festgesetzt? Haben die Polizeibeamten wirklich nichts anderes zu thun? Wird schließlich dem Polizeipräsidium eine Klage unsererseits wegen Geschäftsschädigung angenehm sein? U. A. W. G.

Aus Epine in Obersachsen berichtet die „Gazeta Robotnicza“ über einen Honderlösen Vorgang, der fast ungläublich klingt. Es heißt da: In der ersten Hälfte des August starb in Epine unser Genosse Anton Czengalla. Seine Verwandten bestellten beim Ortspfarrer Konezla ein Begräbniß I. Klasse, das 60 M. kostete. Am Begräbnißtag begleitete ein anderer Weislicher den Zug aus dem Trauerhause, und als der Leichenzug bei der Kirche ankam, erschien der Pfarrer Konezla und sagte zum Bruder des Toten: „Ihr bringt mir da einen Sozialdemokraten, und Du, Franz, bist der zweite.“ Diese Worte riefen unter den Verwandten große Erregung hervor, und eine Frau, die sich nicht mehr beherrschen konnte, befragte sich laut über den Pfarrer, der nicht einmal am Grabe das Gefühl der Trauernden schonte. „Halte das Maul!“ rief ihr der Pfarrer entgegen. Da rief eine andere Frau: „Wenn jene Frau

ein Maul hat, dann habt Ihr eine und noch mehr. Dem anderen Geisteslichen und dem Ältesten gelang es nach und nach die aufgeregten Gemüther zu beruhigen. Nach der Messe sprach der Pfarrer Konzga am Grab: „Etwas Gutes kann ich über den Toten nicht sagen; etwas Schlechtes über ihn zu sagen, ist mir nicht erlaubt. Deshalb wollen wir für seine Seele drei Vater unser und drei Begrüßt seist du Maria beten.“ Nach diesem Gebete begaben sich einige Verwandte zum Pfarrer Konzga, um die für die Leichenrede bezahlten 3 M. zurückzufordern; Herr Konzga gab sie auch zurück.

Sehr richtig bemerkt dazu die „Gazeta Robotnica“: Dieses Vorgehen des Pfarrers Konzga wirkt und wieder einige Genossen. —

Aus Sachsen. Der „große Unfug“ giebt zur Zeit sächsischen, speziell den Gerichten des Bauern Kreises wieder einmal alle Hände voll zu thun. Natürlich handelt es sich um Sozialdemokraten, beziehentlich um Verbreiter sozialistischer Druckschriften. An die Sache selbst sind wir ja in Sachsen gewöhnt, bezeichnet ist aber, wie, in welcher Art man neuerdings die Sozialdemokratie nach der Richtung tadelt zu machen versucht. Ueber eine Begründung des „großen Unfugs“ nach der bekannten Definition des Ober-Landesgerichts — das Vorhandensein einer „Belästigung“ — zerbricht man sich erst gar nicht mehr den Kopf. Nach der neuesten Auffassung des Landes- und Schöffengerichts zu Bautzen genügt die einfache Thatsache des Verbreitens sozialistischer Flugblätter an sich schon, den „großen Unfug“ festzustellen. Dieser fragte man wenigstens noch danach, wie solche Druckschriften verbreitet wurden. Da die Sozialdemokraten es verstanden, sich dieser Methode anzupassen, zieht man jetzt die Eselstingel des „großen Unfugs“ noch mehr zusammen. Ferner tritt neuerdings der Umstand in die Erscheinung, daß man mehr und mehr dazu kommt, über solche Thäter fast ausschließlich Haftstrafen, und nicht zu niedrig bemessen, zu verhängen. So wurden jetzt sechs Genossen wegen Verbreitens des vom sächsischen Zentralkomitee herausgegebenen Agitationskalenders vom Landgericht in Bautzen zu 4, beziehentlich 2 und 1 Woche Haft verurtheilt. Das Schöffengericht hatte vorher für jeden auf 20 Mark Geldstrafe erkannt. Dabei bedauerte das Landgericht ausdrücklich, daß nicht der scharfe § 131, der wegen „Verächtlichmachung von Staatsanstellungen“ bis 2 Jahre Gefängnis androht, angewandt werden könne. Zeugen für eine „Belästigung“ waren nicht vorhanden. Das Gericht nahm ganz einfach an, daß in dem so friedlichen Bezirk durch Verbreitung von Druckschriften des Sonntags, wo andere Leute in die Kirche gehen (aber nicht während der Kirchzeit!), Erregung und Unfrieden verursacht worden wäre.

In einem anderen Falle wurden sechs andere Genossen vom selben Gericht zu Haftstrafen von 2 und 1 Woche und 3 Tagen verurtheilt, weil sie sozialistische Flugblätter zur Reichstagswahl ausgelegt haben. Auch in diesem Falle hatte das Schöffengericht vorher auf 20 M. Geldstrafe für jeden erkannt. So wird man in Sachsen mit den verhassten Sozialdemokraten von „Recht“ wegen fertig. Und die sozialistische Partei läßt sich trotzdem nicht beirren in ihren Bestrebungen und wächst trotz alledem. —

Dresden, 20. August. (Fig. Ver.) Die hiesigen „Dresdener Nachrichten“, das wegen seiner außerordentlich gemeinen Begehren gegen die Sozialdemokratie auch weiteren Kreisen bekannte Wismar-Blatt, fordert in der Sonntagsnummer ganz direkt den Staatsanwalt zum Einschreiten gegen unser hiesiges Parteiorgan, die „Sächsische Arbeiterzeitung“, auf. Veranlassung dazu giebt die letzte Sonntagsausgabe der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, in welcher die hier von Seiten der städtischen Behörden arrangierte Wismar-Trauerfeier etwas stark glossirt und unter anderem auch darauf hingewiesen wird, daß man diese Feiere gerade auf den Tag verlegt hat — 31. August —, an welchem die hiesigen Genossen ihre alljährlich wiederkehrende Passaliesfeier begehen. Es werden gerade hieran einige, nicht ohne weiteres von der Hand zu weisende Kombinationen geschlüsselt. — Nach einem „schonlichen Wuthausbruch“ über die Blauderer schreiben die „Dr. Nachr.“ wörtlich: „... Verzweifeln möchte man an allem Recht und aller Gerechtigkeit, wenn solche Schandartikel ungestraft blieben. solche Hauptstücke in das Antlitz Hunderttausender sollten ihm (dem Staatsanwalt) keinen Anlaß zum Einschreiten geben?“ Die „Dresdener Nachrichten“ als Hüterin von Recht und Gerechtigkeit — das ist der Witzel der Ironie! Das Geschimpfe nimmt sich noch besonders lächerlich aus, wenn man bei diesen „Hauptstücken“ in das Antlitz Hunderttausender die letzten Reichstagswahlen hier in Dresden in Betracht zieht. —

Stuttgart, 20. August. Der „Schwäbische Merkur“ verzeichnet mit Vorbehalt das Gerücht, daß bei Wählungen anlässlich eines Hofkonzertes drei Dragoner der Stuttgarter Garnison, als sie sich von einer feindseligen Abtheilung verfolgt sahen, in einen tiefen Steinbruch gestürzt und sammt ihren Pferden getödtet seien. — Beim Manöverregiment Nr. 20 ist die Influenza ausgebrochen. —

Aus den Reichsländern, 20. August. (Fig. Ver.) Es berührt einen wie ein Hauch puritanischen Muderthums, wenn man von den folgenden beiden Maßnahmen der staatl. und der kirchl. Obrigkeiten liest. Durch Verfügung des Polizeipräsidenten Dall zu Strahburg ist einer Anzahl der größten Bier- und Gartenwirtschaften der Vororte verboten worden, mehr als ein Konzert innerhalb vier Wochen zu veranstalten. Diese polizeiliche Maßregel, durch welche dem werththätigen Volke eine der wenigen Unterhaltungs- und Geselligkeitsgelegenheiten entzogen werden soll, geht sogar der streng regierungstronnen „Strahburger Post“ etwas zu weit. Das Blatt weist darauf hin, daß die erwähnten musikalischen Darbietungen auch dann einmal eine mehr oder weniger künstlerischen Genuss verschaffen hätten, die sonst auf derartige Annehmlichkeiten verzichten müßten, und daß sie gleichsam etwas Ideales in der Beschau der Wirklichkeit trügen und dadurch verhinderten, daß man sich nur des Trübens wegen dort niederläßt und dies im Nebenworte betreibt. Jedem würden solche Konzerte gern von ganzen Familien besucht, hätten also das weitere Gute, daß auch Frauen und Kinder sich der angenehmen Erholung erfreuen könnten. Die Dall'sche Maßregel stelle sich demnach als ein bürokratischer Hebergriff polizeilicher Machtbefugnis dar, durch den man der Sache schade, der man zu nützen vorgiebt. Durch dieselbe werden aber nicht bloß die betroffenen Lokalinsaber materiell schwer geschädigt, die beim Kauf bzw. Pacht ihre Etablissements auf die regelmäßig stark gesteigerten Einnahmen aus den jetzt nahezu unmöglich gemachten Veranstaltungen rechneten, sondern auch die zahlreichen Jodelberufsmusiker, denen auf Monate hinaus ein fester Verdienst garantiert war. Auch die städtische Armenverwaltung, an welche jeweils 10 pCt. der Zogeseinnahmen aus derartigen Lustbarkeiten in Form einer Armensteuer abzuführen sind, wird die Folgen der Dall'schen Maßregel recht unangenehm zu spüren bekommen. — Ein Verbot zu dieser Strahburger Verfügung bringt die „Wegener Zeitung“ aus dem Lothringischen. Sie schreibt: „Die Befugnisse des Herrn Wärsner Dr. H. in dem großen Gedrängedörre W., seine Pfarrkinder vor Schaden zu bewahren, geht so weit, daß er ihnen an der kürzlich dort stattgehabten Kirchweih das Tanzen verboten hat. Es soll, wie wir von glaubwürdiger Seite erfahren haben, den Leuten, für den Fall sie auf den Tanzboden gingen, mit kirchlichen Strafen gedroht worden sein, welche Drohung, wie wir uns selbst überzeugt haben, ihre Wirkung nicht verfehlt. Da wir im Tanzen ein ländliches Treiben nicht erkennen vermögen, ist uns ein derartiges Verbot geradezu unverständlich, ja wir halten es für eine zelotische Härte, dem Volke sein kirchweihbergmüthiges, das einige im ganzen Jahre, auf diese Weise zu verkümmern.“ — Jml. Glatz verbietet man also das Musikzügen, in Lothringen das Tanzen. Wenn das so weiter geht, wird unserer Jugend im Lande der „wiedergewonnenen Väter“ nichts übrig bleiben, als in ein Kloster zu gehen. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Das gegen Genossen Ad. Thiele in Halle eingeleitete Verfahren wegen Majestätsbeleidigung ist eingestellt. Es handelte sich um eine Notiz, welche die Aufschrift: „Staatschänder“ trug. —

Aus Kamerun. Nach einer soeben eingetroffenen telegraphischen Meldung des kaiserlichen Gouvernements in Kamerun ist der Hauptling Agilla, der sich bisher der deutschen Herrschaft nicht fügen wollte, durch den Stationschef von Faunde, Premierlieutenant Dominik, besiegt worden und hat um Frieden gebeten. —

Oesterreich.

Der Oesterreichische Reichsrath soll, wie es nun heißt, am 19. oder 20. September zusammentreten. —

Schweiz.

Basel, 20. August. (Fig. Ver.) In der gestrigen Volksabstimmung ist das neue Wirtschaftsgesetz mit 4300 gegen 2800 Stimmen verworfen worden. Auf Wunsch der Wirtse war das bestehende Wirtschaftsgesetz revidirt und ihr bezügliches Programm von einer gefälligen Mehrheit des Großen Rathes verwirklicht worden. Die Wirtse wie sämtliche Handwerksmeister, Kaufleute etc. haben nämlich eine grenzenlose Wuth gegen den 18000 Mitglieder zählenden Konsumverein, dem zum größten Theil Arbeiter, aber auch Leute aus allen anderen Kreisen angehören. Der Konsumverein verkauft nun in seinen ca. 40 Geschäften auch Flaschenbier und dieser Verkauf sollte auf Wunsch der Wirtse sehr eingeschränkt oder ganz verunmöglicht werden. Dies hoffte man zu erreichen einmal durch die Aufstellung der Bedürfnisfrage, wie sie bereits für die Wirtschaften besteht, und sodann durch die Einführung einer hohen Patentgebühr, die für den Konsumverein eine Jahresausgabe von ca. 50 000 Franken verursacht haben würde. Die Neuerung, dem Wirtschaftspersonal an zwei Sonntagen im Monat je 5 Stunden Freizeit zu gewähren, erschien da nur als ein sozialpolitischer Köder, um dem Gesetze zur Annahme zu verhelfen und den verhassten Konsumverein zu treffen. Dieser in Verbindung mit den Sozialdemokraten sammelte sofort Unterschriften, um das Gesetz zur Volksabstimmung zu bringen, und brachte deren circa 5000 auf und nun hat er die Genehmigung, daß gestern das Gesetz mit großer Mehrheit verworfen wurde. Die energische Wirtse- und Spießbürger-Politik hat damit die verdiente Niederlage erlitten.

Zürich, 20. August. (Fig. Ver.) Im Kanton Thurgau fand gestern eine Erntewahl in der Nationalrath statt, wobei der bekannte Sozialpolitiker Dr. Hofmann 6130 Stimmen gegen rund 12 000 der 5 Gegenkandidaten erhielt. Es ist ein zweiter Wahlgang nöthig. —

Frankreich.

Paris, 20. Aug. (Fig. Ver.) Die patriotische Resolutionsmache der Generalräthe in bezug auf die Drehfus-Affäre ist ziemlich schlägig ausgefallen. Von den 86 Generalräthen haben nur etwa 15 daran theilgenommen, worunter die Hälfte mit einer kirchlich-monarchistischen Mehrheit oder mit einer solchen starken Minderheit, und drei Generalräthe, denen Minister angehören. Sämmtliche Resolutionen („Wünsche“) sind so ziemlich über einen Leisten gechlagen. Sie verlangen durchweg „energischen Maßregeln im höheren Interesse des Vaterlandes“, um der „gräßlichen“ etc. Kampagne gegen die Armee ein Ende zu machen. Der „Wunsch“ der kirchlichen Antragsteller des Generalrathes von Vorhoben bezeichnet außerdem die „nationale Armee als die einzige Institution, die neben unserer Geistesfreiheit intakt geblieben ist und deren Achtung sich jeder französischen Seele aufdrängt“. Welcher Art die „energischen Maßregeln“ sein sollen, darüber befehrt und hinlänglich die Generalstabsräthe, welche seit Monaten nach Ausnahme-gesetzen, nach Massenverhaftungen oder einfach, wie Juret im „Petit Journal“, nach einem militärischen Staatsstreich heult. Daß kein einziger Generalrath für die Revision des Drehfus-Prozesses, die einzige wirksame Maßregel zur Beseitigung der „vaterlandslosen“ Agitation, sich ausgesprochen hat, ist selbstverständlich. Nur der Generalrath von Charente-Inférieure hat es gewagt, mit großer Mehrheit über einen generalstabsfreundlichen „Wunsch“ zur Tagesordnung überzugehen. Ferner ist im Jura-Generalrath ein „Wunsch“ u. a. vom Kolonialminister Trouillot unterstützt worden, der Maßregeln zur Wahrung der Oberhoheit der zivilen Gewalt über die militärische und religiöse Gewalt verlangt. Aber der Wunsch wurde geföhden, nachdem die konservative Minderheit die Streichung des Wortes: „militärische“ beantragt hatte. —

Niederlande.

Haag, 20. August. Das „Staatsblad“ veröffentlicht in einer besonderen Ausgabe eine von sämtlichen Ministern gegenzeichnete Proklamation der Königin-Regentin, in der sie ihren Willkür anzeigt. Morgen tritt ihre Tochter, die junge Wilhelmina, die Regierung an. Sie ist 18 Jahre alt. Man sieht, zum Regieren bedarf es keiner langjährigen Erfahrung. —

Schweden.

Stockholm, 20. August. Die im Jahre 1897 für die Ausdehnung der Befestigungsanlagen ernannte schwedische Regierungskommission schlägt in ihrem nunmehr fertigen Bericht vor, 21 Millionen Kronen (zirka 24 Millionen Mark) zu verwenden, um eine Festung bei Boden in Norrland zu errichten, Gothenburg von der Seeleite zu befestigen und die Befestigungen bei Stockholm, Karlskrona, Karlsborg und auf der Insel Gotland zu vervollständigen. —

Rußland.

Die Arbeiterbewegung in Rußisch-Polen. Die Massenverhaftungen im April dieses Jahres konnten weder die großartigen Manifestationen verhindern, noch vermochten sie die Entwicklung unseres Parteilbens überhaupt zu beeinflussen. Die Hoffnung der russischen Gendarmen, endlich unsere Geheimdruckerei zu finden, war umsonst, und Nr. 28 unseres Zentralblattes „Robotnik“ ist pünktlich erschienen. Neben vielfachen Nachrichten über unsere Arbeiterbewegung enthält das Blatt auch die Ankündigung einer Arbeitermanifestation gelegentlich der Enthüllung eines Denkmals des großen polnischen Dichters Adam Mickiewicz, die in Warschau im Dezember dieses Jahres stattfinden soll. Das Organ der polnisch-sozialistischen Partei schreibt: „Wir Arbeiter können keinesfalls die Schändung des Gedächtnisses unseres Dichters erlauben. Zur Feier dieser Denkmalenthüllung werden wir alle erscheinen, das ganze arbeitende Warschau wird auf dem Plage sein, und kein Kordon wird uns zurückhalten, auch wenn unser Blut vergossen werden sollte.“ — Die allgemeine Ansicht ist, will die russische Regierung die breiten Schichten der Bevölkerung an der Feier zu Ehren Mickiewic's eventuell mit Waffengewalt verhindern, deshalb ist die Theilnahme der Arbeiter für sie sehr unangenehm. Die polnisch-sozialistische Partei läßt nunmehr außer den Zeitungen „Robotnik“ und „Gornik“ (von wela letzterer bereits Nummer 7 erschien) ein weiteres Blatt, „Der kleine Courier des Robotnik“, erscheinen, das sich hauptsächlich angelegen sein lassen wird, die wichtigsten aktuellen Ereignisse unseres Lebens möglichst reich zu besprechen. Die erste Nummer ist bereits erschienen. Ueberhaupt ist in letzter Zeit die Verlagsbätigkeit unserer Partei erheblich gewachsen, was um so bemerkenswerther ist, als alle unsere Drucksachen in einer Geheimdruckerei angefertigt werden müssen. Auf diese Weise sind besondere Flugblätter für einzelne Arbeiterverbände, zum Beispiel die Wäder, Tischler, Weber in Wialystok (polnisch und jüdisch), Straßenbahn-Bedienstete, Ertelmacher und Wagenbauer hergestellt und in Massen verbreitet worden. Zugleich vermehrte sich auch, trotz der großen Wachsamkeit der russischen Grenzwachden, die Einfuhr Londoner Parteischriften wie „Przedmiot“ (wissenschaftliche Monatschrift) und „Swiello“ (vierteljährige, populär-wissenschaftliche Zeitung für die Arbeiter) nach Rußisch-Polen. Der Kampf in allen seinen Formen kostet selbstverständlich viele Opfer, und unsere politischen Gefangnisse sind jetzt mit Sozialisten nicht nur aus der Arbeiterchaft, sondern auch aus der Intelligenz überfüllt. —

Türkei.

Konstantinopel, 20. August. Dem montenegrinischen Gesandten Watlich wurde mitgetheilt, Saad-Eddin-Pascha habe den Befehl erhalten, nach dem Sanbhad Berana zurückzutreten. Der

Dall von Ueslib habe gemeldet, die Montenegriner hätten an der Grenze drei Türken ermordet, worüber die Grenzbevölkerung sehr erregt seien. Der Sultan empfehle dem Fürsten Nikolau's strenge Bestrafung der Mörder, um Unruhen zu verhindern. —

Afrika.

Pretoria, 20. August. Der Volksraad beschloß, das gegenwärtige System der freiwilligen Miliz abzuschaffen und begann über die Zweckmäßigkeit der Emission einer Staatsanleihe zu verhandeln. —

Kapstadt, 20. August. Bisher sind die Ergebnisse aus 68 Wahlbezirken bekannt. Es wurden gewählt 34 Mitglieder des Krilländerbonds, 83 Mitglieder der Fortschrittspartei und ein Wilder. —

Amerika.

New-York, 20. August. („Times“.) Hier herrscht die Meinung vor, daß in bezug auf die Auebee-Konferenz zwischen Canada und den Vereinigten Staaten die Verhandlungen sich nicht ganz glatt abwickeln werden, weil Dingley die Abfahrt habe, den in dem Protokoll über die wechselseitigen Zollkonzeptionen niedergelegten Ideen keine Folge zu geben. —

Australien.

Auckland, 20. August. König Malietoa von Samoa ist am 22. August an typhösem Fieber gestorben. Der deutsche, der englische und der amerikanische Konsul, der Oberrichter und der Vorsitzende des Municipalrates von Apia führten die Regierungsgeschäfte bis zur Wahl eines Nachfolgers.

Malietoa Laupepa war 1880 zum Könige gewählt worden. Er hatte ständige Kämpfe mit seinem Gegenkönige Tamafese. Unter diesen inneren Zwistigkeiten litten die Europäer und auch deutsches Eigentum. Das war der Vorwand, Malietoa auf einem deutschen Kriegsschiffe gefangen zu setzen und nach Kamerun zu bringen. Tamafese, der nun anerkannt wurde, erhielt aber bald in dem von den Amerikanern anerkannten Mataafa, der den Namen Malietoa II. annahm, einen neuen Gegenkönig, und so dauerten die inneren Zwistigkeiten weiter. Im August 1889 wurde Malietoa I. wieder in seine Heimath geführt und nun von den drei Schutzmächten — Deutschland, England und den Vereinigten Staaten anerkannt. 1893 begannen aber wieder die Kriege zwischen Malietoa und Mataafa und nachher mit dem Sohne des 1891 verstorbenen Tamafese.

Es ist zu beklagen, daß der Tod Malietoa's wieder zu bedenklichen Reibungen der stark gespaltenen Bevölkerung der Samoaner führen wird. —

Gewerkschaftliches.

Sämmtliche Vorstände der Bauarbeiter Deutschlands eruchen wir hiermit, die Kollegen darauf aufmerksam zu machen, daß der Juhug nach Berlin fern gehalten werden soll, und daß, wenn Kollegen dennoch hier zureisen und sie von der Lohnkommission Reisegeld bekommen, um weiter reisen zu können, sie uns dann nicht später wieder in den Rücken fallen, wie es der Kollege Drechsler (Stettin, Buch Nr. 15 030) gemacht hat. Die Lohnkommission der Bauarbeiter Berlins und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Sattler von Schönbler und Oranz in Weßheim (Hessen) ist beendet. Die gestellten Forderungen sind nur in ganz geringem Maße bewilligt worden; jedoch wurde von den Fabrikanten eine Verbesserung für nächstes Frühjahr in Aussicht gestellt. Von einem Streik wurde deshalb für dieses Jahr Abstand genommen.

Die städtischen Arbeiter in Luzern in der Schweiz hatten am 22. Juni den Stadtrath um Verbesserung ihres Arbeitsverhältnisses ersucht. Der Stadtrath nahm das Gesuch wohlwollend auf und normierte die Arbeitszeit und die Löhne wie folgt: Effektive Arbeitszeit im Sommer 10, im Winter durchschnittlich 9 1/2 Stunden, Mittagspause 1 1/2 Stunden (im Jänner und Juhig 1 1/2 Stunde); jeder noch arbeitsfähige und dienstfreie Arbeiter erhält 4 Fr. Minimallohn täglich, die übrigen je nach Leistungsfähigkeit 3—4 Fr. Ueberstunden werden extra vergütet, Sonntagsarbeit mit 50 pCt. Aufschlag. Die schon angestellten, nicht mehr vollkräftigen Arbeiter erhalten ebenfalls angemessene Lohnerhöhung. Die neuen Bestimmungen treten am 1. September in kraft.

Unternehmer-Verbände.

Eine 10 proz. Erhöhung aller fertigen Tischlerfabrikate ist in einer am Montag bei Keller, Köpplerstraße, tagenden Tischlermeister-Versammlung zum Beschluß erhoben worden. Wie Junungs-Obermeister Marschall bekannt gab, hat die feinerzeit gewählte Kommission, die sowohl über die Einführung von Entlassungsgesetzen, wie auch über die Preiserhöhung für fertige Fabrikate verhandelt hatte, sich ihrer Aufgabe dahin entledigt, daß sie beantragt, von der Einführung des Entlassungsgesetzes solange abzusehen, bis die Zwangsuntersuchung ins Leben getreten sei. Dagegen müsse mit Rücksicht auf die erhebliche Preissteigerung der Rohmaterialien, der Lohnerhöhungen gegenüber der Arbeitszeitverkürzungen etc. einer Preiserhöhung der fertigen Fabrikate sofort näher getreten werden; und schloge die Kommission vor, die Erhöhung vom 15. September d. J. an eintreten zu lassen. Obgleich nun die Versammlung einhellig die Nothwendigkeit der Preissteigerung anerkannte, gingen doch aus mancherlei Gründen die Meinungen darüber auseinander, wann die Erhöhung eintreten solle. Nach langen Auseinandersetzungen einigte man sich auf den Vorschlag der Kommission dahingehend, die Verkaufspreise für fertige Tischlerarbeiten vom 15. September d. J. an um 10 pCt. zu erhöhen. Zweck besserer Ausgestaltung der Organisation unter den Berliner Tischlermeistern soll die Stadt künftig, analog den politischen Bezirksvereinen, in Bezirke eingetheilt werden, um durch Bezirksversammlungen eine wirksame Kontrolle über Tischlermeister und Gesellen zu schaffen.

Vereinigung im deutschen Glasgewerbe. Die „Deutsche Industrie-Zeitung“ berichtet: Nachdem es gelungen ist, zum Zwecke des gemeinschaftlichen Verkaufes der Fabrikate in Beleuchtungsglas und abgekühlten und verschmolzenen Bechern mit den dafür in Aussicht genommenen 35 Fabriken entsprechende Verträge abzuschließen, ist unter der Firma „Vereinigte Glasfabriken in Dresden“ eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gebildet worden, die nunmehr die betroffenen Erzeugnisse vertreiben und berechnen wird, während der Verband nach wie vor unmittelbar durch die Fabriken erfolgt. Die Preise haben durch den fortwährenden Rückgang einen Stand erreicht, daß die Fabrikanten schon seit längerer Zeit unter den Herstellungskosten verkaufen müßten. Während die Herstellungskosten durch anhaltende Erhöhung der Preise für Kohlen und überhaupt sämtlicher Rohstoffe sich fortwährend vertheuerten, sind die Preise für die fertige Waare stetig zurückgegangen. Um das vorgestrichelte Ziel zu erreichen, wird eine allmähliche Erhöhung der Preise eintreten und wird dem fürs erste beschlossenen Anschlag schon in nächster Zeit ein weiterer folgen.

Soziales.

Ueber die Altersstufen der Jubalidenden - Empfänger, geordnet nach den Berufsabtheilungen, giebt die vom Reichs-Vericherungsamte ausgearbeitete Statistik über die Invaliditätsursachen folgendes an:

Von je 100 männlichen Rentenempfängern kommen bei der 2. and wirtschaftl. 8 auf ein Alter von 20 bis 29 Jahren, 5 auf ein solches von 30 bis 39, 10 auf 40 bis 49, 25 auf 50 bis 59 und 57 auf 60 bis 69. Beim Bergbau und Hüttenwesen, Industrie und Bauwesen sind die entsprechenden Zahlen 6, 10, 18, 30 und 36, beim Handel und Verkehr 6, 11, 15, 27 und 41, bei den häuslichen Diensten sowie Lohnarbeit wechselnder Art 4, 10, 16, 25 und 45, beim Militär, Hof-, bürgerlichen und kirchlichen Dienst sowie den freien Berufsarten 2, 4, 8, 23 und 63, bei den in der Haushaltung ihrer Herrschaft lebenden Dienenden 6, 12, 17, 25 und 40.

Für die weiblichen Rentenempfänger stellen sich die Zahlen in verschiedenen Berufsabteilungen wesentlich anders. So kommen auf die verschiedenen Altersgruppen von 100 Rentenempfänger bei der Landwirtschaft 6, 6, 12, 28 und 48, bei der Industrie 11, 11, 16, 26 und 36, beim Handel und Verkehr 5, 6, 12, 27 und 50, bei häuslichen Diensten u. s. w. 1, 2, 7, 26, 64, beim Militär, Post- u. s. w. Dienst 3, 4, 15, 29 und 49 und bei den in der Haushaltung ihrer Herrschaft lebenden Dienenden 10, 8, 11, 26 und 45.

Schwarze Listen in Oberschlesien. Aus Kottowitz wird uns geschrieben: Nächstens wird sich das hiesige Gericht mit den "Schwarzen Listen" der ober-schlesischen Unternehmer zu beschäftigen haben, vielleicht auch mit dem ganzen "Schwarze Listen-Verbande". Dem fast alle ober-schlesischen Werke angehören. Ein früherer Arbeiter der hiesigen Marthabütte hatte dieses Werk beim Gewerbe-Gerichte u. a. auch deshalb verklagt, weil es ihn durch die schwarzen Listen schwer geschädigt habe. Die Hütte theilte dem Arbeiter vor dem Termine auf dem Gewerbe-Gerichte mit, daß er wieder Beschäftigung erhalten könne, aber dieser ließ sich darauf nicht ein. In der Verhandlung leugnete der Hütteninspektor, daß sich die Hüttenleitung darum bemühe, daß alle Werke jenen Arbeiter auf die schwarzen Listen setzen. Die Form dieser Erklärung besagt natürlich gar nichts. Am Ende wurde der Arbeiter mit seiner Klage ans Zivilgericht verwiesen. Wie wird nun das Gericht Unternehmern gegenüber die bekannten Worte des Kaisers auslegen: Die schwarze Strafe dem, der einen andern an der Arbeit hindert?

Eine Million erwerbsfähiger Kinder giebt es, wie der Rixdorfer Volksschullehrer Agah in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege" mittheilt, zur Zeit in Deutschland. Bekanntlich hat die Breslauer Hauptversammlung der deutschen Lehrer gegen die gewerbliche Ausbeutung der Schulkinder sehr energische Stellung genommen.

Regier als Fabrikarbeiter. In Charleston in Süd-Karolina ist der Versuch gemacht worden, eine Baumwollwaaren-Fabrik mit Regierarbeitern zu betreiben. Ueber das Resultat dieses Experiments äußert sich der Leiter der Fabrik folgendermaßen:

Es ist keine Frage, daß die bessere Klasse von Regiern die Arbeit in einer Baumwollwaaren-Fabrik erlernen kann. Die gewöhnlichen Regier von den Kornfeldern sind allerdings nicht zu gebrauchen; aber solche, die einige industrielle Erziehung und Geschäftlichkeit besitzen, wie zum Beispiel Frauen, welche mit der Nadel umzugehen verstehen, erweisen sich oft als gute Arbeiter am Webstuhl. Die Zahl derer, welche wir wegen absoluter Unfähigkeit zurückweisen mußten, war weit größer, als die, welche wir schließlich als brauchbar fanden. Nicht nur waren wir genöthigt, eine genügende Anzahl von Leuten anzulernen, um alle Maschinen und Webstühle zu besetzen, sondern wir mußten auch für eine Reserve-Armee sorgen. Es ist ein Zug im Charakter des Regiers, nur für das Heute zu sorgen und das Morgen sich selbst zu überlassen. Nachdem er den Lohn für einige Wochen Arbeit erhalten, verläßt er seinen Platz, um sich für eine unbestimmte Zeit auf die Wärenden zu legen oder sonstige das Leben zu genießen und erst, wenn seine Fonds alle sind, stellt er sich wieder in der Fabrik ein. In dieser Weise fahren sie fort, zu kommen und zu gehen.

Wenn wir uns auf die Verlässlichkeit der Regier verlassen müßten, wie wir dies bei weichen Arbeitern zu thun gewohnt sind, so wären wir nicht im Stande, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Die farbigen Arbeiter nehmen kein Interesse an ihrer Arbeit und sie sind auch mit weniger Lohn zufrieden als die Weißen. Ihr Hauptinteresse konzentriert sich auf die Stunde, wenn sie, mit ihrem Lohn in der Tasche, der Arbeit auf einige Zeit Walet sagen und sich ihren Vergnügen überlassen können. Findet irgendwo ein Widriges statt, so verlassen sie scharenweise die Arbeit, ganz gleich ob diese drängt oder nicht, und nur die Androhung hoher Geldstrafen ist im Stande, sie zurückzuhalten. Soweit meine Erfahrung reicht, bin ich zu der Annahme geneigt, daß eine Fabrik, die sich ausschließlich auf Regierarbeit verlassen wollte, nur in einer Stadt mit sehr starker Regierbevölkerung betrieben werden könnte, und dann wird die Fabrik gezwungen sein, wenigstens die ersten zwei Jahre mit Verlust zu arbeiten, denn es ist notwendig, mindestens die doppelte Anzahl Leute anzulernen, deren man zu einer gegebenen Zeit in der Fabrik bedarf.

Gerichts-Beitrag.

Gegen die Lohnerschädigungs-Klage des Kellners G. wandte der besagte Gastwirth Jäger ein, G. sei während der Arbeit betrunken gewesen und habe die Gäste seines Reviere vernachlässigt. Nachdem die zuständige Kammer VI des Gewerbegerichts Beweis erhoben hatte, verurtheilte sie den Beklagten, an den Kläger 60 M. wegen unberechtigter Entlassung zu zahlen. Der Vor-sitzende Dr. Krause führte begründend aus: Der Gerichtshof sei allerdings zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Kläger seine Arbeit nicht zur Zufriedenheit der Gäste erledigt habe und thatsächlich etwas angetrunken gewesen sei. Das allein berechtige aber noch nicht zur sofortigen Entlassung. Er hätte ohne Kündigung entlassen werden dürfen, wenn er lokal unfähig zur Arbeit gewesen wäre, was ihm nicht borgehorsen worden sei und ihm auch nicht borgehorsen werden könne. Hinzu komme, daß des Klägers Revier 12 Tische umfaßt habe, also groß gewesen sei. Auch habe Kläger zur Klage ziemlich weit gehen müssen.

Wie ein Staatsanwalt über das Solidaritätsbewußtsein der Arbeiter denkt. Um einen Lohn zu erlangen, der annähernd zur ordentlichen Ernährung der Familie ausreichte, waren die Maurer in Steglitz vor einem Vierteljahr gezwungen, in den Ausstand zu treten. Bei dieser Gelegenheit kontrollirte der Maurer Johann Buttke am 21. Mai einen Bau am Orte und sagte angeblich zu dem Leiter als Streikbrecher arbeitenden Maurer Krüger folgende Worte: „Warum quälst Du Dich hier? Wenn Du zu uns hälst und nicht arbeitest, so kriegt Du die Woche 18 M. aus der Streiklasse und launst Dich 'mal austrub'n. Du launst freilich thun, was Du willst, aber wenn Du arbeitest, dann merke Dir: Wenn wir später einmal auf einem Bau zusammen arbeiten sollten, dann launst Du leicht einmal ein Stein auf den Kopf fallen!“ Die Folge war eine von Krüger eingereichte Denunziation, die natürlich vom Staatsanwalt zu einer Anklage ausgearbeitet wurde. Vor der ersten Ferien-Strafkammer am Landgericht II, wo die Angelegenheit gestern zur Verhandlung stand, führte der Vertreter der Anklagebehörde, Staats-anwalt Cunn, sich veranlaßt, das bekannte Wort von der höchsten Strafe in diesem Falle wie folgt zu kommentieren: „Die gemein-gefährliche Thraneei der zu Streikverbänden organisierten Arbeiter gegenüber den nicht organisierten Arbeitern muß streng bestraft werden. Angeklagter hat einen fleißigen Arbeiter auf Kosten der Streikklasse, also der Kollegenschaft, verleiten wollen, zu faulenz zu gehen und als ihm das nicht gelang, habe er sich nicht scheut, mit dem Worte zu drohen. Er beantragte zwei Monate Gefängniß. Das Urtheil lautete auf einen Monat Gefängniß.“

Wir wollen nicht die dem Angeklagten zur Last gelegte Ungeschicklichkeit beschönigen, aber dennoch glauben wir kaum die Erwartung aussprechen zu dürfen, daß die „zu Streikverbänden organisierten Arbeiter“ sich die Moralgrundsätze des Staatsanwalts fonderlich zu Herzen nehmen werden. Weit eher ist anzunehmen, daß in nicht zu ferner Zeit die sittlichen Grundzüge der klassen-bewußten Arbeiterschaft Gemeingut der ganzen Bevölkerung werden.

Ein Akt kaum glaublicher Hohnheit lag der Anklage gegen Sachbeschädigung und Thierquälerei zu grunde, welche gestern vor der zweiten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I gegen den Rufführer Franz Wloch und den Arbeiter Friede Wittowski verhandelt wurde. Der erste Angeklagte fuhr am 15. Mai das zweispännige Arbeitsfuhrwerk seines Prinzipals. Eines der Pferde zeigte sich widerpenflich, als es den beladenen Wagen anschauen sollte. Der Angeklagte ließ dem Thiere Nüchternungen in übertriebener Weise zukommen; als diese aber nicht fruchteten, griff er zu einem Gewaltmittel. Er schlang eine Kette um den Hals des Pferdes und beide Angeklagte versuchten nun, es davon vorwärts zu ziehen.

Sie zogen so kräftig und so ausdauernd an der Kette, bis das Pferd zu Boden fiel. Es verendete gleich darauf. Wie der als Sach-verständiger vernommene Thierarzt begutachtete, ist das Pferd einfach erstickt worden. Es sei eine häufig zu beobachtende Unsitte, daß Rufführer zu dem erwähnten Mittel griffen, um widerpenfliche Pferde zum Anziehen zu zwingen. Unter allen Umständen müsse die Kette dann so um den Hals des Pferdes gelegt werden, daß sie nicht eine Schlinge bilde. Aber auch dann bleibe es immerhin eine Unsitte. Staatsanwalt Börmann beantragte gegen Wloch sechs Monate, gegen Wittowski einen Monat Gefängniß; der Gerichtshof war aber der Ansicht, daß die beispiellose Hohnheit der Angeklagten eine empfindlichere Strafe verdiene. Wloch wurde zu einem Jahre, Wittowski zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Versammlungen.

Lassalle-Feier. Am Sonntag Nachmittag wurde von den polnischen Genossen eine öffentliche Versammlung nach dem „Engl. Garten“ einberufen, in welcher Genosse Perkowski über: „Das Leben und Wirken Lassalle's“ sprach. — Hierauf gab der Vertrauensmann B. Golibrodski einen Bericht über die Einnahmen und Ausgaben für die Agitation in Berlin und Umgebung im verfloffenen Jahre, worauf derselbe in Anerkennung seiner guten Führung wiederum als Vertrauensmann für das nächste Jahr einstimmig gewählt wurde. — Genosse Lebniewski beantragte aus Anlaß der Ausnahmegerichte in Galizien, durch die unsere dortigen Genossen am schwersten getroffen worden, an den Urheber derselben, den Grafen Thun, einen Protest der hiesigen polnischen Genossen zu senden. Nach längeren Schilderungen der Verfolgungen, Ausweisungen, Verhaftungen, des Blutvergießens, des Verbots sämtlicher polnisch-sozialdemokratischer Zeitungen und Zeitschriften durch die österreichische Regierung wurde der Antrag einstimmig angenommen. — Zum letzten Punkt der Tagesordnung wurden als Delegirte zum Brandenburger Parteitag die Genossen A. Ver'us und B. Golibrodski gewählt.

Die freie Vereinigung selbständiger Barbiers, Friseur u. s. w. für Berlin und Umgebung hielt am 29. d. M. ihre Monats-versammlung ab. Junke gab den Bericht der Sachschulskommission. Derselbe wurde angenommen. Für den Knüppelunterricht wurde Helbig, für den Freiknüttelunterricht Nieles und Stachowski als Stellvertreter gewählt. Ferner erstattete Helbig Bericht vom Panauer Kongress, er forderte am Schluß die Kollegen auf, sich zur Aufnahme in unsere Kranken- und Sterbefasse zu melden. Die Versammlung erklärte sich mit seiner Thätigkeit und seinem Bericht einverstanden. Aufnahmen ließen sich die Kollegen Albert Dieber, Paul Luge, Ernst Denhner und Wilhelm Buch.

Die Möbelpolier (Bilaterale Schöps) hielten am 22. d. M. bei Röhrling, Admiralftr. 18c, ihre Monatsversammlung ab. Kollege G. Reuter referirte über „Arbeitslosen-Unterstützung“. Er verurtheilte die Versammlung hier zu machen, daß es nicht die Aufgabe der Gewerkschaftsorganisation sein kann und darf, sich durch eine mangelhafte Arbeitslosenunterstützung, denn eine andere sei heute unmöglich, von ihrem wahren Ziel, der Kampforganisation zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen abbringen zu lassen, um schließlich auf das Niveau der Gleich-Dunderaner herunterzusinken. Kollege S. Schulz wies an der Hand reichlichen Zahlenmaterials verschiedene Gewerkschaften nach, welche die Arbeitslosen-Unterstützung schon längere Zeit eingeführt haben, nach, daß die vom Kollegen Reuter befürchtete Verjüngung durchaus nicht zu befürchten sei. Eine vom Kollegen B. Meier im Sinne Reuter's eingebrachte Resolution gelangte zu einstimmiger Annahme, nachdem noch mehrere Kollegen gegen die Arbeitslosen-Unterstützung gesprochen hatten.

Rixdorfer. In der am 22. d. M. im Rixdorfer Apollo-Theater stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Maler etc. wurde lebhaft über die Verwaltung des hiesigen Gewerkschaftsartikels resp. dessen Obmann Klage geführt. So wurde u. a. gerügt, daß der Obmann seit sechs Monaten keine Versammlung des Artikels abgehalten hat; auch von verschiedenen Versammlungsbesuchern wurde betont, daß der Obmann seinen Verpflichtungen nicht in gehöriger Weise nachgekommen sei, der Sache überhaupt zu wenig Interesse entgegenbringe, obgleich doch für eine rege Agitation in einem Orte wie Rixdorf genügend Anlaß vorhanden sei. Der neugewählte Delegirte wurde beauftragt, vor allem seine Bemühungen darauf zu richten, daß diese Uebelstände aufhören.

Reinickendorfer. Der Arbeiter-Bildungsverein „Zukunft“ hielt in Büttcher's Saal seine Monatsversammlung ab. Paul Jahn hielt einen lehrreichen Vortrag über das Thema: „Die Entwicklung der Volkswirtschaft“. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprach Gram im Sinne des Referats. Unter Verschiedenem forderten mehrere Redner die Anwesenenden zum Beitritt in den Verein auf. Außerdem kritisirte Genosse Zeidler das Verhalten der Berliner Genossen bei ihren Ausflügen, er empfiehlt ihnen, in Zukunft mehr die Lokalisten zu berücksichtigen.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Heute Abend 8 1/2 Uhr: Zulammenkunft im Garten von G. Feuerstein (Am R. Berg), Alte Jakobstr. 75. — Sonntag, 4. September: Familien-Ausflug nach dem Restaurant G. Sah in Alt-Silene bei Adershof.

Theater- und Vergnügungsverein „Selbstlos“. Heute Abend 9 Uhr Adershofstr. 144: Sitzung.

Literarisches.

H. A. Hoffmann. Die soziale Lage der Gegenwart und die Versuche ihrer Lösung. München 1898. Kommissionverlag der nationalen Verlagsanstalt.

Die soziale Frage ist wieder einmal auf 32 Seiten Broschüren-format gelöst. Wir haben hier eine Art katholischen Zukunftsstaates mit wenigen Strichen skizziert, wie er sich einem Verehrer der Wirtschaftsordnung des germanischen Mittelalters vorstellt. Die früher das Prinzip des Lebens für die Wirtschaftsordnung maßgebend war, so will der Verfasser denselben Gesichtspunkt in die kapitalistische Gesellschaftsordnung einführen. Dem Individuum soll die Existenz durch die Gesamtheit gewährleistet werden. Die Lebensversicherung wird zur Kreditversicherung und eine soziale Bank zahlt jedem Arbeiter als Nebeneinkommen eine städtische Leibrente aus. Der Lohn sinkt zur Nebenfrage herab. Der allmächtige Staat übernimmt diesen Theil der Erhaltungskosten der menschlichen Arbeitskräfte, um die Industrie zu entlasten. Woher der Staat das kolossale Kapital sich beschafft, damit giebt sich der Herr Verfasser gar nicht ab; er rechnet nur mit einem unerlöblichen Reichthum des Naders von Staat, groß genug, um aus dieser Ueberfülle sämtlichen Arbeitern die Leibrente zu zahlen. Durch die Leibrente, zu der dann noch als Nebeneinkommen der Lohn kommt, ist das soziale Problem seiner endgiltigen Lösung entgegengeführt. — Es giebt doch noch Optimisten. Ohne viel Kopfschütteln ziehen sie ihren fertigen Weltbeschließungsplan aus der Tasche und wehe dem, der ihnen wider-spricht wie z. B. meist die Sozialdemokratie. Sie hat nach Herrn H. A. Hoffmann die Lösung der sozialen Frage ganz und gar am falschen Zipfel angefaßt. Wir empfehlen daher allen ihren Anhängern, sofort in sich zu gehen und sich zu verpflichten, die allein seligmachenden Hoffmannstropfen einzunehmen. r. r.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Diez Verlag) ist neben das 49. Heft des 10. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Immer die Welt — Republikaner und Sozialisten in Italien. Von Erl. — Die Krankenversicherung in Deutschland. Von Eduard Graf. — Die sibirischen Goldgrubenarbeiter. — Die Beherrschung der Wasserkräfte. Von S. Vogel. — Mein Schlüsselwort zur „Rachfrage bei Dimentau“. Von Ernst Gehrman. — Notizen: Welche Berufsstand liefert die meisten Beschäftigten in Bayern? Die Kohlenindustrie in Japan und ihre Stellung zur japanischen Weltmarktproduktion. — Frankfurt: Alexander der Rattenfänger. Von Dr. Richard Garnett. Autorisirte Uebersetzung aus dem Englischen.

Die Brandenburger Provinzialkonferenz und die Landagitation

lautete das Thema, mit welchem sich gestern Abend sechs öffentliche Versammlungen der Berliner Parteigenossen beschäftigten.

Die Versammlung im ersten Wahlkreise Berliner Reichstags-Wahlkreise nahm einstimmig den Antrag an: „Die Provinzialkonferenz ermächtigt das Zentral-Wahlkomitee, diejenigen Kreise der Provinz, welche sich für Vorkommnisse an den Landtagswahlen erklärt haben, agitatorisch und finanziell zu unterstützen.“ Desgleichen gelangte ein anderer Antrag zur Annahme: „Das Zentral-Wahlkomitee ist zu beauftragen, für systematische Frauen-Agitation in der Provinz zu sorgen und zu diesem Zweck in jedem Kreise mindestens zwei Frauenversammlungen im Jahre zu veranstalten.“ Als Delegirte zur Provinzialkonferenz wurden die Genossen Lätzerow, Seiler und Arndt gewählt.

Die Parteigenossen des zweiten Wahlkreises nahmen einen von Frau Lill Braun eingebrachten und begründeten Antrag an, welcher die Agitationskommission ersucht, zum Zweck einer systematischen Agitation unter den Frauen der Provinz wenigstens zweimal jährlich in jedem Wahlkreise eine Frauen-Versammlung zu veranstalten. Als Delegirte wurden gewählt: Parsch, Sag, Lill Braun.

Die Versammlung im dritten Wahlkreise fand bei Brodnow statt und war mäßig besucht. Es referirte Genosse Wagner, der ein erneutes und verstärktes Eintreten in die Landtagswahlagitation empfahl. Nach längerer interessanter Diskussion wurden als Delegirte für die Brandenburger Provinzialkonferenz die Genossen War'nberg, Gätner und Schölzel gewählt.

Die Parteigenossen für den vierten Wahlkreis fand bei Stechert in der Andreasstraße statt. Do der Besuch trotz der Wichtigkeit der Tagesordnung ein äußerst spärlicher war, tabelte sowohl der Vorsitzende wie auch der Referent Fritz Wille diese sehr bedauerliche Lässigkeit der Parteigenossen. Die nun folgende sehr lebhafteste Debatte, an der sich auch Frauen beteiligten, führte zur Annahme folgender Resolution: „Die heute bei Stechert stattfindende Versammlung des 4. Wahlkreises erklärt auf die Anzughungen auswärtiger Genossen und Parteiblätter, daß die im Feenpalast angenommene Resolution nicht allein die Resolution Ledebour's sei, sondern der Ansicht der Berliner Genossen entpreche, und daß sie sich auf den Standpunkt Liebknecht's stelle.“ Zu Delegirten für die Provinzialkonferenz wurden Galle und Hoffman für den Osten, Vinzenz und Jesche für den Südosten gewählt. Der Schluß der Versammlung erfolgte mit einem dreisprachigen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Die Parteigenossen des fünften Wahlkreises waren im Saale der Böhm'schen Brauerei versammelt. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag des Genossen Kozle folgte eine kurze Diskussion, an der sich Dr. Wegl und Waah und Fräulein Hoase beteiligten. Die Genossen Kozle, Piepmann und Jizewitz wurden als Delegirte zur Provinzialkonferenz gewählt. Ein Antrag, die Frauen-Agitation betreffend, gelangte auch hier zur Annahme. Hierauf wurden Friedländer, Horst, Dittmann und Peters mit der Revision der Abrechnung des Zentral-Wahlkomitees betraut. Die Abrechnung über die Reisekosten, die der Kassirer Reul erstattete, ergab eine Einnahme von 595,50 M. und eine Ausgabe von 329,70 M. Mit dem Erlöse von 45,20 M. für Festzeitungen betrug der Gesamtüberschuß insgesamt 311 M. Die Abrechnung wurde von den Revisoren als richtig bestätigt und auf deren Antrag dem Kassirer die Decharge ertheilt.

Die Versammlung des sechsten Wahlkreises im Kösliner Hof war nur mäßig besucht. Genosse Mechner hielt einen Vortrag über die letzten Reichstagswahlen. Dann wurde ein Antrag der Frau Mesch angenommen, die Parteikonferenz möge die Agitationskommission beauftragen, mehr Agitation unter den Frauen zu betreiben. Ein zweiter Antrag, den Wahlkreisen Tellow-Weeslow und Nieder-Barnim Sitz und Stimme in der Agitationskommission zu gewähren, wurde ebenfalls fast einstimmig angenommen. Zu Delegirten zur Provinzialkonferenz wurden gewählt: Brinlmann, Piort und Lohse. Zum Mitglied der Lokalkommission wurde Fischer für Moabit gewählt.

Spanien und Amerika.

Der spanische Ministerrath hat noch keine Entscheidung hinsichtlich der Ernennung der Kommissare für die Friedensverhandlungen getroffen; die Minister des Auswärtigen, der Justiz und der Kolonien wurden zu Berichterstattern über den Gesetzentwurf ernannt, welcher zur Einleitung der Friedensverhandlungen ermächtigt.

Die Befestigungen bei Gibraltar. Die spanischen Regierungsblätter stellen mit Entschiedenheit in Abrede, daß zwischen England und Spanien betreffs der gegenüber Gibraltar auf spanischer Seite aufgeführten Befestigungen ein schärferer Gegensatz eingetreten sei. Die spanische Regierung habe vielmehr auf eine sehr freundlich-schwächliche gehaltene Anfrage Englands geantwortet, daß bei Gibraltar nur dieselben Vorsichtsmaßregeln getroffen seien, welche für sämtliche Küstenplätze, die einem etwaigen nordamerikanischen Angriff ausgesetzt waren, angeordnet wurden. Zudem würde die Ausführung starker Befestigungen gegenüber Gibraltar eine Arbeit von mehreren Jahren erfordern.

Von den Philippinen. Aus Manila wird telegraphirt: Zwischen den Amerikanern und den Rebellen wird die Lage von Tag zu Tag schlimmer. Eine Anzahl Insurgenten, denen die Waffen zurückgegeben worden waren, hat sich gegen den General Merrit erhoben und denselben gezwungen, noch eine größere Anzahl Insurgenten frei zu geben. Die „Times“ melden aus Manila vom 29. d. M.: Hervortragende Kaufleute unterzeichneten eine Denkschrift an Lord Salisbury, in welcher dieser gebeten wird, seinen Einfluß geltend zu machen, um zu verhindern, daß die Spanier die Souveränität auf den Philippinen zurückgewinnen. —

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Gnesen, 30. August. (W. S.) Auf dem hiesigen Gefängnißhofe fand heute früh 5 Uhr die Hinrichtung des Arbeiters Andreas Kaminski aus Dalk durch den Gerichtspräsidenten Reindel statt. Kaminski hatte am 16. Januar seine Schwiegermutter erstickt und den Leichnam in einen Teich geworfen.

Wien, 30. August. (W. S.) Die halbamtliche Wiener Abendpost“ bestätigt, daß die Ausgleichsverhandlungen abgeschlossen sind. Des weiteren kündigt das Blatt die Einberufung des österreichischen Reichsrathes an und sagt, daß, wenn die parlamentarische rechtzeitige Erledigung des Ausgleichs auf Schwierigkeiten stoßen sollte, beide Regierungen sich über die für diesen Fall einzutretenden Modalitäten geeinigt hätten: sie seien für alle Fälle gerüstet.

Triest, 30. August. (W. S.) Hier wüthet seit heute früh eine heftige Ue. Der Schiffverkehr ist fast gänzlich gehemmt.

Lemberg, 30. August. (W. S.) Der Schullehrer Kuczewicz in Jozow wurde von zwei Dragonern, die er auf seinem Wagen nicht mitfahren lassen wollte, mit Säbelhieben getödtet.

Gossensack (Bremer), 30. August. (W. S.) Frau Gilmozzi, Inhaberin eines Damenkonfektions-Geschäfts in Metz, ist beim Edelweisspäden von der Säbnersäge abgestürzt; sie war sofort todt.

Paris, 30. August. (W. S. W.) Laut Verfügung des Staatsanwalts findet die Verhandlung gegen Picquart und Leblois am 21. September vor der achten Kammer des Justizpolizeigerichts statt.

Weking, 30. August. (Neuerliches Bureau.) Auf Grund der Genehmigung des Veling-Sankau-Eisenbahn-Vertrages fordert England gewisse Eisenbahn-Konzessionen. Man hält es für wahrscheinlich, daß die chinesische Regierung dies bewilligen wird.

Johannesburg (Transvaal), 29. August. („Times.“) Die rasche Ausbreitung der Pocken erregt hier große Besorgniß. Die Geschäfte sind sehr gedrückt.

Preussische Landtagswahlen.

Wie in dem preussischen Bourgeoisparlament die verschiedenen Parteien und Vereine vertreten sind, zeigen übersichtlich folgende zwei Tabellen, die wir der amtlichen Statistik entnehmen. Parteistellung der 1898 gewählten Abgeordneten zum preussischen Landtage.

Table with columns: Regierungsbezirk, Konservativ, Freikonf., Nationallib., Freif. Bg., Fr. Volksp., Zentrum, Polen, Witte, Zusammen. Lists various regions like Königsberg, Gumbinnen, Danzig, etc.

Verufsverhältnis der preussischen Landtagsabgeordneten (nach dem Ergebnis der 1898er Wahl).

Table with columns: Berufsstand, Konservativ, Freikonf., Nationallib., Freif. Bg., Fr. Volksp., Zentrum, Polen, Witte, Zusammen. Lists professions like Aktive Beamte, Aktive Justizbeamte, etc.

Was ist unter dem preussischen Landtagswahlrecht möglich? Der Verfasser des von uns in Nr. 192 abgedruckten Artikels schreibt uns:

Mein Artikel ist von einem Mitarbeiter der „Säch. Arbeiter-Zeitung“ merkwürdigerweise dahin mißverstanden worden, daß auf jede selbständige sozialdemokratische Landtagsagitation verzichtet werden solle! Der Artikel in Nr. 192 beschäftigte sich in keiner Weise mit der Art der Agitation, sondern lediglich mit der Art der Stimmabgabe. Das sind zwei recht verschiedene Dinge und der Einspruch in der „Säch. Arb.-Ztg.“ hätte den Unterschied bei einiger Aufmerksamkeit wohl auch herausfinden können.

Die Kreisversammlung für Prenzlau-Angermünde präziserte ihre Stellung zur Landtagswahl wie folgt: Die Kreisversammlung erachtet es für unmöglich, zur Zeit genügende Wahlmänner und Mittel für die Wahlkämpfe zu finden und verzichtet daher für dieses Jahr darauf, sich allgemein an den Landtagswahlen zu beteiligen.

Die Genossen Ost- und Westpreußens besprachen auf ihrem Parteitag eingehend die Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen. Koste erklärte es für selbstverständlich, daß strikte an dem Beschluß des Hamburger Parteitages festzuhalten sei. In der Landtagswahl, wo wir nur verhältnismäßig wenige Stimmen erhalten haben, sei die Beteiligung allerdings nicht möglich, wohl aber in Königsberg, möglicherweise auch in Danzig.

Der Provinzial-Parteitag für Ost- und Westpreußen erklärt hinsichtlich der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen, indem er sich auf den Boden des Beschlusses des Hamburger Parteitages stellt, daß von allen ost- und westpreussischen Wahlkreisen nur in Königsberg-Stadt-Land-Kreis die Verhältnisse den Parteigenossen eine wirksame und selbständige Beteiligung ermöglichen und daß er die endgültige Beschlußfassung über die Frage und die Form der Beteiligung den einzelnen Wahlkreisen überläßt.

Die Parteikonferenz für den Reichstags-Wahlkreis Genua-Gelnhausen-Orb beschloß: 1. die Beteiligung an der Landtagswahl im Wahlkreis Genua Stadt und Land durch Aufstellung eigener Wahlmänner.

Die Parteigenossen im Reichstags-Wahlkreis Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach nahmen am Sonntag zur Landtagswahl Stellung. Im Gegensatz zu einer Parteiversammlung vor Jahresfrist, die sich im Prinzip gegen die Beteiligung ausgesprochen hatte, wurde diesmal eine Resolution gegen wenige Stimmen angenommen.

Die Parteikonferenz für den Reichstags-Wahlkreis Ost- und Westpreußen wurde am Sonntag in Königsberg abgehalten. Vertreten waren 13 ostpreussische und 5 westpreussische Kreise durch 48 Delegierte. Mehr als die Hälfte der Delegierten waren Landarbeiter aus den verschiedensten Kreisen, darunter Litzhauer sowohl von der russischen Grenze als auch vom Kurischen Daff.

Die Tagesordnung begann mit Referaten über den Ausfall der Reichstagswahl in Ost- und Westpreußen. Ueber die Wahlbewegung in Westpreußen referierte Parteil. aus Danzig. Derselbe betonte, daß ziffermäßige Erfolge für unsere Partei in Westpreußen nicht zu verzeichnen seien.

Parteitag für Ost- und Westpreußen.

Am Sonntag und Montag wurde in Königsberg der Parteitag der Sozialdemokratie Ost- und Westpreußens abgehalten. Vertreten waren 13 ostpreussische und 5 westpreussische Kreise durch 48 Delegierte. Mehr als die Hälfte der Delegierten waren Landarbeiter aus den verschiedensten Kreisen, darunter Litzhauer sowohl von der russischen Grenze als auch vom Kurischen Daff.

Die Tagesordnung begann mit Referaten über den Ausfall der Reichstagswahl in Ost- und Westpreußen. Ueber die Wahlbewegung in Westpreußen referierte Parteil. aus Danzig. Derselbe betonte, daß ziffermäßige Erfolge für unsere Partei in Westpreußen nicht zu verzeichnen seien.

Die Tagesordnung begann mit Referaten über den Ausfall der Reichstagswahl in Ost- und Westpreußen. Ueber die Wahlbewegung in Westpreußen referierte Parteil. aus Danzig. Derselbe betonte, daß ziffermäßige Erfolge für unsere Partei in Westpreußen nicht zu verzeichnen seien.

Die Tagesordnung begann mit Referaten über den Ausfall der Reichstagswahl in Ost- und Westpreußen. Ueber die Wahlbewegung in Westpreußen referierte Parteil. aus Danzig. Derselbe betonte, daß ziffermäßige Erfolge für unsere Partei in Westpreußen nicht zu verzeichnen seien.

Die Tagesordnung begann mit Referaten über den Ausfall der Reichstagswahl in Ost- und Westpreußen. Ueber die Wahlbewegung in Westpreußen referierte Parteil. aus Danzig. Derselbe betonte, daß ziffermäßige Erfolge für unsere Partei in Westpreußen nicht zu verzeichnen seien.

Die Tagesordnung begann mit Referaten über den Ausfall der Reichstagswahl in Ost- und Westpreußen. Ueber die Wahlbewegung in Westpreußen referierte Parteil. aus Danzig. Derselbe betonte, daß ziffermäßige Erfolge für unsere Partei in Westpreußen nicht zu verzeichnen seien.

Die Tagesordnung begann mit Referaten über den Ausfall der Reichstagswahl in Ost- und Westpreußen. Ueber die Wahlbewegung in Westpreußen referierte Parteil. aus Danzig. Derselbe betonte, daß ziffermäßige Erfolge für unsere Partei in Westpreußen nicht zu verzeichnen seien.

Stellung und Gratisabgabe geeigneter Flugblätter in agitatorischer Hinsicht nachdrücklicher als bisher zu unterrichten. Außerordentlich lebhaft waren die Auseinandersetzungen beim Punkt: Presse. Von den Danziger und Elbinger Genossen wurde eine Vergrößerung der „Volks-Tribüne“ verlangt.

Die Notwendigkeit und Nützlichkeit eines solchen Blattes wurde von den meisten Rednern anerkannt. Mit Majorität wurde die Schaffung eines monatlich erscheinenden Blattes beschlossen. Trotzdem seitens der Leitung der „Volks-Tribüne“ mehrmals darauf hingewiesen worden war, daß erst für die weitere Verbreitung der „Tribüne“ gesorgt werden müsse und dann an die Vergrößerung des Blattes gegangen werden solle, wurden die Anträge auf Vergrößerung der „Tribüne“ angenommen.

Der Punkt „preussische Landtagswahlen“ wurde durch den an anderer Stelle der heutigen Nummer abgedruckten Beschluß erledigt. Nach kurzer Debatte über den Parteitag in Stuttgart wurde der Provinzial-Parteitag abends 7 Uhr geschlossen.

Partei-Nachrichten.

Das Grab unseres großen Kämpfers Ferdinand Lassalle, der in Breslau die letzte Ruhe gefunden, wurde bereits am Sonntag mit schönen Kranzgruppen geschmückt. Einer derselben war von den Draufgänger-Arbeiter der schlesischen Hauptstadt, der andere von den Parteigenossen Leipzigs gesendet.

Die Sozialdemokratie Berlins hielt bereits am Sonntag vielfach Gedächtnisfeiern ab, die durchweg gut besucht waren und der politischen Organisation des deutschen Proletariats, die die Lebensaufgabe Ferdinand Lassalle's war, wieder so manchen Indifferenten zugeführt haben werden.

In die sozialdemokratische Frauenwelt richtet Frau Wenzels in Berlin und die Redaktion der „Gleichheit“ einen Aufruf zur Beteiligung am Stuttgarter Parteitage. Es heißt darin:

Der Bericht der Parteilitung giebt Gelegenheit, mit der Frage der allgemeinen Agitation auch die Frage der Agitation unter der proletarischen Frauenwelt zu erörtern. Wie förderlich wird es da nicht sein, wenn die Genossinnen ihre Anregungen und Vorschläge zu dem Gegenstand dem Parteitag vorlegen und begründen. Denn wie die proletarische Frau für ihre Befreiung auf die Sozialdemokratie angewiesen ist, so bedarf umgekehrt die Sozialdemokratie der Proletarierin als zielstarrer und geschulten Mitarbeiterin im Klassenkampf.

Der Bericht des Parteivorstandes schließt einen Ueberblick über die so hochwichtige Wahlkämpfe in sich. An denselben werden aller Wahrscheinlichkeit nach weitreichende und bedeutende Auseinandersetzungen anknüpfen über die Taktik der sozialdemokratischen Partei. Diese Auseinandersetzungen sind nicht etwa von akademischem Interesse für die Genossinnen, sondern von großer praktischer Bedeutung. Die Taktik ist von wesentlichem Einfluß auf die Entwicklung der Partei und für die erfolgreiche Führung des Klassenkampfes, welcher der Proletarierin freies Menschthum bringt.

Tief einwirkend greift die Zoll- und Handelspolitik des Reiches in die Arbeits- und Lebensbedingungen jeder Arbeiterin, jeder proletarischen Hausfrau hinein. Die diesbezüglichen Verhandlungen und Beschlüsse der Sozialdemokratie sind also von großer Wichtigkeit für die proletarische Frauenwelt.

Der Parteitag bietet ferner Gelegenheit zu einer Aussprache und Verständigung zwischen den Genossinnen und Genossen, welche der Agitation unter der proletarischen Frauenwelt besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Diese Gelegenheit sollte nicht ungenutzt vorübergehen.

Genossinnen, rüftet Euch also zum Parteitage. Laßt Euch angelegen sein, darauf hinzuwirken, daß auch an den Stuttgarter Verhandlungen der Sozialdemokratie weibliche Delegierte teilnehmen.

Besamtllich hat der Parteitag zu Frankfurt a. M. den Genossinnen das Recht eingeräumt, in öffentlichen Frauenversammlungen eigene Delegierte zu wählen. Wir empfehlen Euch, von diesem Rechte nur dort Gebrauch zu machen, wo Ihr infolge der reaktionären Haltung und Handhabung der Vereins- und Versammlungsgesetze den allgemeinen Parteiversammlungen fernbleiben müßt oder dort, wo besondere lokale Umstände ein Zusammengehen mit den Genossen bei den Delegiertenwahlen absolut unmöglich machen. Wir sind überzeugt, daß die Genossen nicht aus kleinlichen Erwägungen die Genossinnen betreffend der Wahl einer Delegierten auf die besonderen Frauenversammlungen verweisen. Wo keine zwingenden Gründe für solche Versammlungen vorliegen, ist es jedenfalls vorzuziehen, die Wahl von Genossinnen — gleichberechtigter Kämpferinnen unter Kämpfern — in den allgemeinen Parteiversammlungen in Vorschlag zu bringen.

Besondere Frauenversammlungen zum Zwecke der Stellungnahme zu dem Parteitag sollten nur nach vorausgehender Verständigung mit den Genossen einberufen werden. So nachdrücklich wir die Wahl der weiblichen Delegierten durch Genossinnen und Genossen zusammen befürworten, so entschieden empfehlen wir aber auch den Genossinnen, dort, wo die gemeinsame Wahl undurchführbar ist, für die Entsendung einer Delegierten durch eine Frauenversammlung einzutreten.

Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Prenzlau-Angermünde wurde am Sonntag in Prenzlau a. O. abgehalten, da uns in dem Kreise selbst kein Lokal zur Verfügung steht. Vertreten waren die Ortshaupten Straßburg, Schwedt, Angermünde, Prenzlau, Obergurg durch zusammen 15 Delegierte. Außerdem waren amvond: der Kreis-Vertrauensmann Rob. Günterberg, ferner Redakteur Gut aus Wahrenburg als Vertreter der Presse, Thierbach, der Kandidat des Kreises, und Paul Hennig als Vertreter der Agitationskommission. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhoben sich die Anwesenden zum Gedächtnis des Todesjahres Ferd. Lassalle's vor dem Sigen. Dann gab der Kreis-Vertrauensmann seinen Rechenschaftsbericht für den ihm Entlastung erteilt wurde. Die Einnahmen betragen 1144,40 M., die Ausgaben 1136,90 M. Es folgten die Berichte der einzelnen Vertrauensleute. Aus denselben ist hervorzuheben, daß Schwedt am günstigsten abschloß. Hier wurden die meisten Gelder aufgebracht, so daß jetzt, kurz nach der Wahl, die bei derselben in Schwedt und Umgegend gemachten Schulden fast beglichen sind. Auch hat hier die Arbeiterpresse die größte Verbreitung. Beim Punkt „Reichstagswahlen“ brachte der Kreis-Vertrauensmann verschiedene Vorschläge zur Sprache, unter anderen die von den konfessionellen Stimmzetteln abweichende Beschaffenheit unserer Stimmzettel. Trotz dieses für die Verhältnisse des Kreises schwerwiegenden Mangels hat unsere Partei einen Stimmzuwachs von über 400 zu verzeichnen gehabt. Der Vertreter der Agitationskommission bezeichnete die durch die Wahl entstandenen Kosten als zu hoch; es hätte in mehreren Sachen mehr Sparsamkeit walten sollen; 1 Flugblatt hätte weniger erschießen können. Von sämtlichen Delegierten wurde dem jedoch entgegengehalten, daß nur unbedingt nötige Kosten gemacht worden seien. Wegen der im Kreise vor-

Parteigenossinnen und Genossen des Reichstags-Wahlkreises Niederbarnim. Sonntag, den 4. September, mittags 12 Uhr: Kreis-Versammlung bei Herrn Weigel, Kummelsburg, Türschmidtstraße 45 (Gde Goethestraße).

Tages-Ordnung:
1. Bericht und Abrechnung von der Reichstagswahl. 2. Brandenburgischer Provinzial-Konferenz, Anträge und Wahl der Delegierten zu derselben. 3. Bericht über die Reichstagswahlen? Berichterstatter Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen. 4. Stellungnahme zum Stuttgarter Parteitag, Anträge und Wahl der Delegierten zu demselben. Berichterstatter Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen.
Die Vertrauensmänner der angrenzenden Ortschaften werden dringend ersucht, Deputationen zur Versammlung zu entsenden.
Die Versammlung ist von großer Wichtigkeit und werden daher nochmals die Parteigenossinnen und Genossen um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen gebeten.
Der Vertrauensmann.

Achtung! Zimmerer Rixdorfs und der Umgegend. Donnerstag, 1. September, abends 8 Uhr, im Lokal Klemke, Bergstr. 136-137:

**Außerordentliche Versammlung
des Verbandes der Zimmerer Deutschlands (Zahlfelle Rixdorf).**
Tagesordnung: 1. Bericht über die gegenwärtige Situation in unserem Beruf. 2. Diskussion. 3. Beschlüsse.
Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist es unbedingt notwendig, daß jedes Mitglied der obengenannten Zahlfelle in dieser Versammlung zugegen ist. Ferner ersuchen wir alle die Kameraden, welche bis heute unserer Organisation noch nicht angehören, recht zahlreich in derselben zu erscheinen.
261/4 Der Vorstand.

Achtung, Vereine!

Hierdurch zur Kenntnis, daß Bestellungen bis auf weiteres im Restaurant **Richard Heinrich, Rauhstr. 78**, abgegeben sind. 200/2
Der Vorstand des Kochlehrer-Vereins „Solidarität“.

Ginsegnungs-Anzüge

in blau u. schwarz Kammgarn u. Cheviot zu sehr billigen, aber festen Preisen
Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.
Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maß.
Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Verkauf frisch gef. schw. perl. und finn. Fleisches.
Minderfleisch pro Pfd. von 30 Pf an,
Schweinefleisch 40 Pf. (4078L.)
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Möbel auf Theilzahlung und Wohnungs-Einrichtungen bei bescheidener Anzahlung und auf Jahre hinaus verteilten Ratenzahlungen Bei Zahlungsschwierigkeiten grösste Rücksicht. Stets enormes Lager v. einfachst. b. feinst. Genre. **Central-Möbel-Halle** 52932* Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinenstrasse.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben

Grösste Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Beinkleider etc. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Zuschneidegeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**
Damen-Kostüme unter Garantie des Gutes von 8 R. an. **Anna Hodske, Gräfenstr. 93, 4 Tr.** 57799
Fernsprecher: Amt IV. 447.
Ginsegnungs-Anzüge in glatten Kammgarn, Satin, Diagonal und Tuch 12-27 M. Stoffen, 1. und Preisig
M. Schulmeister, Schneider, Drebbenerstr. 4 am Kottb. Th. meister, Hauptstr. 113, Schöneberg.
Bitte genau auf die Firma zu achten.

Beim Monatswechsel empfehlen sich folgende Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Engels, Fruchtstr. 30, Hof II. - **SO.:** Fritz Thiel, Stallstr. 35 v. part. - **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzweidenerstr. 8, part. im Laden. - **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Weidenstr. 14. - **Gesundbrunn:** Wilhelm Wähmann, Grünhägerstr. 64/65. - **Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt:** Karl Mars, Kohnen-Allee 95/96. - **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Schillerstr. 94, v. 1. Treppe. - **Deutsch-Wilmersdorf:** Frau Käbler, Sigmaringenstr. 34, und Frau Heinemann, Sigmaringenstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Zeitung“ zu erhalten.) - **Rixdorf:** Ostermann, Erbkstr. 6. - **Schöneberg:** Wilhelm Baumler, Velzingerstr. 59, Seitenflügel part. - **Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneberg:** Otto John, Ober-Schöneberg, Siemensstr. 7, Zigarrengeschäft. Annahmestellen: Nieder-Schöneberg: Karl Weber, Zigarrengeschäft, Johannisthal: Senfleben, Restaurateur. - **Friedenau-Steglitz:** G. Berner, Rixstr. 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** G. Wöhr, Döppelstr. 8, und Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a. - **Baumschulweg:** Godel, Baumschulstr. 32 v. III. Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur, sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegen genommen.

Um genaue Angabe der Adresse wird dringend gebeten.

Königstadt Casino

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr. 21
Anknotenpunkt vieler Omnibus- u. Pferdeisenbahn-Stationen.

Festsäle

zu 200-600 Personen.
Sonnabende u. Sonntage von September 1898 bis April 1899 noch frei.

Flora-Säle

1000 Pers. fast. Elektr. Beleuchtung.
Besitzer: Bornh. Niess, Weberstr. 17.
Sonnabende Septemb. bis Dezember gratis zu vergeben. *

Achtung! Achtung! Feldschlößchen.

Die Sonntage der Winterfession sind an Theatervereine zu vergeben. 57092*
Fritz Nagel.

„Zur Klostersglocke“

Kommandantenstr. 65,
an der Alten Jakobstraße. Weiß- und Vorratshändler: Vokal, Destillation und Fruchtsäfte. 58192*
J. S.: Gustav Ladewig.

Zachverein der Stodarbeiter. Todesanzeige. Am 28. August verschied unser Mit- glied, der Stodarbeiter **Karl Weitzel.** Die Beerdigung findet Mittwoch Nachmittag 5 Uhr von der Leichen- halle des Krankenhauses am Urban nach dem Thomas-Rirchhof (Brix) statt. Am recht zahlreiche Beisteuerungen ersucht 175/10 Der Vorstand. J. A.: Karl Liebe.

Danksagung.

Allen denen, welche sich bei der Beerdigung meines guten Mannes so rege beteiligten und Anteil nahmen an meinem Schmerz, dem Melker und den Kollegen, sowie dem Aeltesten-Verein Athen meinen tiefgefühltesten Dank.
Die trauernde Wittwe **Seeland** nebst Kindern. 7276

Die Selbsthilfe

einzig in seiner Art erscheinendes Werk zur Verhütung und Beseitigung von Krankheiten des Unterleibs, insbesondere in veralteten Fällen. Mit zahlreichen anatomischen Abbildungen. Häufig für Jedermann. Preis 2 M. in Briefmarken. Zu beziehen von **Herman Schmidt, Buchh. Berlin W., Winterfeldstr. 34.**

Herren-Anzüge

Reine Wolle: 25, 27, 28, 30 M., nach Maß: 33, 35, 37, 39 M. Halbwole: 18, 19, 20, 21 M. Eigenes Fabrikat. Bei Herren-Anzügen Teilzahlung, monatl. 10 M., gestrichelt.

Temporowski, Schneidmstr., Stralauerstr. 56, Laden.

5 1/2 Pfund Brot für 50 Pf.
Frankfurterstr. 87, zweiter Hof,
Strandbergerstr. 5.
7245 **P. Neubauer jun.**

Arbeitsmarkt.

Farbige Arbeiter
verlangt Rathenstr. 14. 7226
Waimels auf veredelte Felle
verlangt Matthies, Bienenstr. 17 II.

Neu!

Ramen in Rasirmesser, Scheeren, Taschenmesser etc. etc. in feiner Goldschrift gravirt, von jetzt ab nur **10 Pfg. per Stück**, anstatt früher **30 Pfg. per Stück**. Schöner wie von jeder Konkurrenz.

Wegen vorherige Einfindung des Betrages (Briefmarken gestattet) versendet die **Stahlwaaren-Fabrik**

C. W. Engels, Foche bei Solingen

alleiniger Fabrikant der Solinger Stahlwaaren mit der

1 Silberstahl-Rasirmesser Nr. 53,

wie Zeichnung, Klinge magnetisch, fein hochgeschliffen, für jeden Bart passend.

franko zu Mark 1.50 (feinstes Stal mit Metallkette und Golddruck füge jedem Messer gratis bei), gegen Rücknahme 20 Pfg. mehr.

Eingravirung eines Namens in Goldschrift 10 Pfg. extra!

Durch neue Vortheile, welche mir die eigene Fabrikation der Rasirmesser bietet (fabrizirte und verarbeitete in den letzten 12 Monaten über 60 000 Stück), ist es mir ermöglicht, jedem Messer ein hartes Stal mit Metallkette gratis beizufügen, ohne die geringste Beeinträchtigung der Qualität. Bitte für jedes Stück volle Garantie und bitte ich, bei Gelegenheit meine Rasirmesser mit anderen Konkurrenz-Rasirmessern zu vergleichen, wobei ich erd bin, jedes Messer, das nicht mindestens der Konkurrenz-Waare gleichkommt, oder nicht den gerechtereise zu stellen Anforderungen entspricht, zurückzunehmen und außer dem Kaufpreis auch die entstandenen Portokosten (40 Pfg.) zu ersetzen.

Reell!

Solche Stücke, an denen sich keine Schönheitsfehler befinden, die aber die Güte und Schmeidbarkeit des Messers nicht im geringsten beeinträchtigen, suche ich sorgfältig aus und gebe diese 25 Pfg. billiger ab, sodas also solches Messer Nr. 53 mit Schönheitsfehler Mk. 1,13 kostet.

Der Versand dieser Messer geschieht nur auf ausdrücklichen Wunsch.

Großer, illustrierter Prachtatlas mit einer umfassenden Auswahl von Tischmessern und Gabeln, Scheeren, Rasirmessern und Taschenmessern, Wäffen, Werkzeugen, Haus- und Küchengeräthen sowie vielen anderen schönen Gebrauchsgegenständen umsonst und portofrei.

Neu!

Warte.

Stahlmesser-Geschäft in eigener Fabrik. | Begründer 1881.

Hamburger Engros-Lager

A. Jandorf & Co.

C. Berlin. SW.

Spittelmarkt 16-17. || Belleallianestr. 1-2.

Den geehrten Inhabern unserer Rabatt-Sparbücher zeigen wir hierdurch ergebenst an, dass die Auszahlung des Rabatts am **Donnerstag, den 1. September, Freitag, den 2. September, Sonnabend, den 3. September, Montag, den 5. September** stattfindet und bitten wir, die Beträge gefl. in Empfang nehmen zu wollen.

Hochachtungsvoll **A. Jandorf & Co.**

Hessische Landeskonferenz.

Darmstadt, 28. August.

Die heute hier im Lokale „Zur Stadt Plungstadt“ zusammengetretene Landeskonferenz legte ein schönes Zeugnis ab von dem guten Geiste, der die Parteigenossen im Großherzogthum Hessen erfüllt. In das Bureau wurden gewählt: C. Ulrich-Offenbach und Friedrich-Darmstadt als Vorsitzende, Heilmann-Offenbach und Liebmann-Mainz als Schriftführer. Vertreten waren 89 Orte durch 94 Delegirte. Nicht vertreten war nur der oberhessische Wahlkreis Alsfeld-Lauterbach. Ein Antrag Müller-Cramer, der dies fernbleiben rügt die Zentralleitung ersucht, sämtliche hessische Wahlkreise unter Aufhebung der früheren Agitationsbezirke der hessischen Landesorganisation zu unterstellen und Agitationsgelder nur unter Vermittelung letzterer zugunsten, wird einstimmig angenommen.

Der Bericht des Genossen Ulrich über die Thätigkeit des Landeskomitees konstatiert, daß die Wirksamkeit der Landesorganisation sich wesentlich gehoben hat. Zwar hätten nicht alle Ansprüche in agitatorischer Beziehung befriedigt werden können, die Schuld trifft jedoch nicht das Komitee. Die vorhandenen Geldmittel reichten nicht aus. Das müsse noch besser werden.

Die Rechnungsablage durch Genossen Orb-Offenbach ergab für die Zeit vom 18. Juni 1897 bis 25. August 1898 eine Gesamteinnahme von 2008,76 M. (einschließlich 800 M. Darlehen vom Sozialdemokratischen Verein Offenbach), der eine Gesamtausgabe von 1881,00 M. (einschließlich 180 M. zurückgezahltes Darlehen) gegenübersteht. Referent betont die Nothwendigkeit eines festeren Beitragsmodus zur Füllung der Landeskasse. Nach dem Bericht der Revisoren, der die Ordnungsmäßigkeit der Kassenführung darthut, erhält der Landesleiter Dehaghe.

Ueber die Lehren der letzten Reichstagswahl berichtete Genosse David-Mombach. Redner giebt ein zahlenmäßiges Bild über die Fortschritte der Sozialdemokratie in den hessischen Wahlkreisen und erörtert die weiter zu ergreifenden Mittel zur Förderung der Agitation. Eine eingehendere Betrachtung widmet er der Bauernfrage: Unsere Fortschritte auf dem Lande beweisen noch nicht ohne weiteres das Eindringen in die eigentliche Bauernschaft. Von letzterer haben wir zwar einzelne gewonnen, aber das Gros sieht uns noch ablehnend, zum Theil sogar feindselig gegenüber. Das tritt am klarsten gerade in den Orten nahe den Industriezentren zu Tage, wo sozialdemokratische Organisationen sind und kein Mittel unverdient gelassen worden ist, den heimäuslichen Theil der Einwohnerschaft zu gewinnen. Gerade dort ist der politische Gegensatz zwischen Arbeiterschaft und Bauernschaft am schärfsten. Die Macht der katholischen Kirche über die Gemüther ist groß, allein sie erklärt diese auch in protestantischen und freidenkerlichen Gemeinden zu Tage tretende Erscheinung nicht. Der Hauptgrund liegt auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Bauernschaft sieht in der Sozialdemokratie nicht die Vertreterin ihrer wirtschaftlichen Interessen. Da wir die heimäusliche Arbeitermasse aber mit in unsere Bewegung hineinziehen müssen, so wird die Gesamtpartei die Erörterung der Agrarfrage demnächst wieder aufnehmen müssen. Neben der theoretischen Klärung muß die praktische Landagitation mit aller Energie weiter betrieben werden. Die Thätigkeit der hessischen Landtagsfraktion giebt reiches Agitationsmaterial an die Hand. Da eine Bauernzeitung an der Kostenfrage scheitern würde, so empfiehlt Redner die Herausgabe eines billigen Kalenders. In der Diskussion betonten Orb und Heilmann-Offenbach die Organisation auch in bäuerlichen Orten. Die anderen Redner bestritten den von David vorgeschlagenen Weg. Vreßm-Erbach macht ebenso interessante wie

erfreuliche Mittheilungen über den Fortschritt unserer Sache unter der Odenwälder Landbevölkerung. Der Antrag auf Herausgabe eines Kalenders wird mit großer Mehrheit angenommen.

Das Referat über die bevorstehende Landtagswahl erstattet Genosse Cramer-Darmstadt. Er hebt die steigende Wichtigkeit der Landtagswahlen hervor und zieht aus den in Hessen gemachten Erfahrungen den Schluß, daß auch die preussischen Genossen die Sache mutbig angreifen sollten. Als Erfolg versprechende Landtags-Wahlkreise sind zu bezeichnen: 1. Groß-Gerau etc.; 2. Wessungen, Arheilgen etc.; 3. Everstadt-Plungstadt; 4. Langen-Sprendlingen; 5. Wilbel; 6. Gießen-Land; 7. Mainz-Land. Auf diese Bezirke ist deshalb die agitatorische Kraft zu konzentriren, dann wird auch die nächste Landtagswahl uns weitere Mandate einbringen. — In der Diskussion wies sich die Hoffnungslosigkeit der Genossen aus den in Frage kommenden Wahlbezirken wieder; überall sind die Vorarbeiten bereits im Gange.

Eine lebhafteste Diskussion entspinnt sich über die Anträge auf Neuorganisation der Beitragsverhebung. Von Mainz, Darmstadt und Offenbach liegt ein schon wiederholt auf früheren Landeskonferenzen erörterter Antrag vor, eine einheitliche Quittungsmarkte einzuführen. Diefelbe ist vom Landeskomitee an die Kreisvorstände und von diesen an die Lokalorganisationen abzugeben und zwar zu bestimmt abgestuften Preisen, sodas durch dieses Verlaufsverfahren selbst schon die Beitragsleistung geregelt und erledigt ist. Ueber die Prozentsätze, die dabei der Lokal-, Kreis- und Landeskasse zufallen, gehen die Anträge auseinander. Ein Antrag Friedberg erucht um Verbeibehaltung des derzeitigen Beitragsmodus. Für die vorgeschlagene Neuorganisation sprechen die Genossen Raab-Plungstadt, Dr. David, Müller-Darmstadt, Liebmann-Mainz, Heilmann und Donges-Offenbach. Dagegen sprechen Gölter und Busold-Friedberg. Die Neuorganisation wird zunächst im Prinzip nach dem Mainzer Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Die Höhe der Beitragsmarkte wird auf 10 Pf. festgelegt. Die Häufigkeit der Erhebung wird nach einem Antrag Müller-Darmstadt, den Lokalorganisationen zu regeln überlassen; doch ist monatlich mindestens eine Marke pro Mitglied zu lösen. Die Marken sind sofort bei Bezug zu bezahlen.

Ein Antrag, daß bei den Landtagswahlen Doppellandidaturen möglichst vermieden werden, wird nach längerer Debatte angenommen.

Nach Erledigung einiger weiterer Anträge von geringerer Bedeutung wird zur Wahl des Landeskomitees geschritten. Diefelbe wird durch Wiederwahl der bisherigen Mitglieder Ulrich- und Orb-Offenbach, Stod-Mainz, Verthold-Darmstadt und Orb-Eichen mit dem Sitz in Offenbach erledigt.

Nach einem Schlußwort des Genossen Ulrich und einem Chorgesang des Darmstädter Arbeiter-Gesangsvereins wird die Konferenz mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Soziale Rechtspflege.

Nachträgliche Korrektur des Affordpreises und nachträgliche Sähe für eine Mißachtung des Gewerbegerichts. Der Metallbrecher H. hatte im Betriebe der Firma Siegel u. Komp. den Auftrag erhalten, eine Anzahl Metalltheile „in Afford“ zu drehen. Als Preis wurden ihm 20 Pf. für das Stück angegeben. Nach der Fertigstellung des ganzen Affordes theilte der Werkmeister dem Arbeiter mit, daß man sich im Preise geirrt habe, es gäbe für das Stück nur 12 Pf. Bei der Lieb. habe der Arbeit sei diese mit einer andern verwechselt worden.

H. erklärte darauf: „Ich kriego 20 Pf.“ Die Firma befielt sich dann aber von seinem Verdienst 10 M. zurück. Die Folge war ein Prozeß vor dem Gewerbegericht, wo der Kläger geltend machte, die eigentliche Affordabrede beim Beginn der Arbeit sei maßgebend. Die Kammer V unter dem Vorst. des Gewerberichters Schallhorn verurtheilte dem auch die Firma, die 10 M. herauszugeben, indem sie von der Erwägung ausging, daß die Firma den Verthum sich selber zuschreiben und die Folgen tragen müsse. Der Inhaber der Werkstatte, ein Herr Goldberg, ersuchte um eine schriftliche Urtheilsausfertigung und fügte beim Fortgehen hinzu, er samle „solche“ Urtheile. Hierin erblickte das Gericht eine auf den Gerichtshof gemingte Aeußerung der Mißachtung; es verurtheilte deshalb den Herrn in seiner Abwesenheit wegen grober Ungebühr zu einer Geldstrafe von 100 M.

Vertrauensbruch? Der Zuschneider B. war vom Schneidermeister Simon entlassen worden und hatte alsbald eine andere Stellung angetreten. Bei dem neuen Arbeitgeber verdiente er aber in den nächsten vierzehn Tagen 11 Mark weniger, wie er in derselben Zeit bei Simon verdient hätte. Diesen Fehlbetrag verlangte B. nun von Herrn Simon, indem er geltend machte, dieser müsse die Differenz tragen, weil er ihn durch die unberechtigte plötzliche Entlassung um die 11 Mark geschädigt habe. Der Vellagte Simon wandte vor dem Gewerbegericht gegen die Forderung ein, der Kläger habe gegen ihn einen Vertrauensbruch begangen, denn er habe eines seiner Jadedtmuster abgezeichnet und die Kopie mit nach Hause genommen. Die Kammer I unter dem Vorst. des Gewerberichters Tschow verurtheilte indessen Simon, dem Kläger die 11 Mark zu zahlen; sie nahm an, daß es kein Vertrauensbruch sei, wenn jemand ein belangloses Jadedtmuster abzeichne.

Wegen Kontraktbruches hatte die Firma Dewitt u. Herz den Klempner L. beim Gewerbegericht beklagt. Sie verlangte als Buße den ortsüblichen Tagelohn für sechs Tage, weil der Vellagte einen von ihm übernommenen Afford nicht fertig gemacht habe. Die Kündigung war ausgeschlossen. L. wandte gegen die Klage ein, er habe zu schlechtem Werkzeug erhalten und hätte deshalb den Afford nicht ausführen können, ohne großen Schaden davon zu haben. Die Kammer V des Gewerbegerichts verurtheilte ihn, eine Buße wegen Kontraktbruches zu zahlen; jedoch hielt sie 3,25 M. für angemessen und wies die Klage die Firma mit dem Mehranspruch ab. Gewerberichter Tschow führte zur Begründung folgendes aus: Der Kläger habe seinen Vertrag ohne gesetzlichen Grund gebrochen, denn er hätte sich, bevor er an die Arbeit heranging, das Werkzeug ansehen müssen und könne nicht im Laufe der Arbeit mit dem Einwande kommen, das Werkzeug lauge nichts. Im übrigen hielten die Jengen das Werkzeug für nicht gar zu schlecht. Müsse der Vellagte auch verurtheilt werden, so könne doch die Firma, da die Kündigung ausgeschlossen sei, hier nicht die nach § 124 b der Gewerbe-Ordnung zulässige höchste Steafe für Kontraktbruch fordern, sondern nur den nachweisbaren Schaden, den die notwendige Veedigung des Affordes durch einen anderen Arbeiter veranlaßt habe. Dieser Schade betrage aber nur 3,25 M.

Die Kammer IV des Gewerbegerichts wies einen Vergolder mit seiner wegen plötzlicher Entlassung angestrengten Lohnentschädigungsklage ab, weil er sich geweigert hatte, bei der Bearbeitung einer Leiste den Schnitzel statt des Hobels zu benutzen.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

- | | |
|---|---|
| Elsasser Hemdentuch Meter 35 Pf. | Küchenhandtücher Dtz. 3.25 und 4.50 Mk. |
| Louisianatuch Meter 38 Pf., Deckbettbreite 65 Pf. | Stubenhandtücher Dtz. 5.50 und 9 Mk. |
| Bettsatin Meter 45 Pf., Deckbettbreite 70 Pf. | Wischtücher Dtz. 2.40 Mk. |
| Lakenstoffe, Hemdentuche und Dowles, ca. 165 cm breit, Meter 85 Pf. | Staubtücher Dtz. 1 und 1.50 Mk. |
| Gartendecken Stück 1.10 und 2.40 Mk. | Tischtücher Stück 1.35 und 2.40 Mk. |

Stickereien, Stücklänge ca. 4 bis 4 1/2 Meter, Stück 50 Pf. bis 3 Mk.

Bett-Wäsche

Bettbezug,	Kissenbezug,
Renforcé 3 Mk.	85 Pf.
Dimiti 3.40	1.05 Mk.
Damast, Garnitur für 1 Deckbett u. 2 Kissen	7.60 Mk.
Dowlas-Bettlaken Größe ca. 165/225 cm.	1.85 Mk.

Damen-Wäsche

Taghemden, mit Spitze	mit Stickerei	mit Handpasse
1.95 u. 1.50 Mk.	1.95 Mk.	2.65 Mk.
Nachthemden, Renforcé mit Stickerei	3.10 Mk.	
Beinkleider, Renforcé m. Stickerei	runde Form	1.70 u. 2.50 Mk.
Nachtjacken, gestreifter Dimiti mit Spitze	Renforcé m. Stickerei	1.50 Mk. 2.15 Mk.
Schirting-Röcke, mit Stickerei	3 und 4.35 Mk.	

Taschentücher

Linon mit bunter Kante Dtz.	2.30 Mk.
Batist mit bunter Kante und Hohlraum, Dtz.	2.70 Mk.
Reinleinen mit bunter Kante, Dtz.	3.50 Mk.
Reinleinen, weiss, Dtz.	4.80 Mk.
Herrenhemden Renforcé mit Falten	1.80 Mk.

Warenhaus A. Wertheim

Berlin W., Leipzigerstr. 132/33, Versand-Abteilung, Preislisten und Proben portofrei. C., Rosenthalerstr. 27/29 u. 54/55, S., Oranienstr. 53/54.

Album von Berlin 10 Pf. mit 12 Ansichten

Der Inventur wegen bleiben sämtliche Geschäfts-Räume
Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Sonnabend bis Abends 5 Uhr
 für den Verkauf geschlossen.

Wieder-Eröffnung

Sonnabend, den 3. September, Abends 5 Uhr.

Neu aufgenommen:

Emaile-Geschirre.

Moabit.

Otto Belwe Nachf., Thurmstr. 50.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
 Mittwoch, den 31. August:
Neues Opern-Theater (Atom).
 Rigoletto. Phantasien im Bremer Rathaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Hamlet. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Johanna. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Festung. König Heinrich V. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Seine alte Freundin. Hamadon. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Dr. Jago. Borcher. Im Reglig. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Der Wildschütz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Die Griffe. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7 1/2 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshübscher. Die beiden Waisen. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Demi-Ronde. Anfang 8 Uhr.
Ruisen. Seine Puppe. Hierauf: Entdeckt. Anfang 8 Uhr.
Weiße. Alliance. Ueber Land und Meer. Anfang 8 Uhr.
Offend. Sie ist wahnsinnig. Der Weigenmacher von Cremona. Anfang 8 Uhr.
Urania. Lindenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Mykolo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 Uhr.
Vossage. Panopticonum. Spezialitäten-Vorstellung.

Central-Theater
 Direktion: J. Foronczy.
Die Geisha
 oder: Eine japanische Dreiecks-Geschichte.
 Operette in 3 Akten von Owen Dall. Musik von Sidney Jones. Deutsch von C. W. Müller und Julius Freund. In Szene gesetzt von J. Foronczy. Dirig. Dr. Kapellmeister C. Goldmann.
 Kassen-Gröffnung 6 1/2. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen und folgende Tage:
 Die Geisha.

Victoria-Brauerei.
 Vorletzte Woche!
 (Nur noch bis Sonntag, 11. Septbr.)
Stettiner Sänger
 (Mehfel, Victor, Britton, Steidl, Krone, Mühl, Schneider und Schrader).
 Anfang 8 Uhr.
 Entree 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf.
 Freitag, 2. Sept. (Sonder-Tag):
Fest-Soirée.
 Sonnabend, 17. Sept.:
Erste Soirée
 in den Reichshallen
 (im großen Theateraal).

Urania
 Taubenstr. 48/49.
 Täglich:
Vom Matterhorn z. Jungfrau.
 Invalidenstr. 57/62:
Sternwarte.
 Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Castan's Panopticonum.
 Major Graf
Neu!! Walsin-Esterhazy.
Neu!! Lebende Bilder
 dargestellt von
6 jungen schönen Damen.

Passage-Panopticonum.

Théâtre-Variété.
 Ohne Extra-Entree.
 Fahrt auf dem Golf von Neapel.
 Fahrt durch Konstantinopel.
Neu! Alpenglöhen.
 Heute 25 Pf. Entree.
 Geöffnet v. vorm. 9 bis abds. 10 Uhr.

INDIEN
 Carl Hagenbeck's Ausstellung am Kurfürstendam.
INDIEN
 Schaulustungen I. d. Arena:
 Wochentags 6 und 8 Uhr;
 Sonntags 4, 6 und 8 Uhr.
INDIEN
 Vorstellungen im Indischen Theater 4, 5, 7, 9 Uhr nachm.

INDIEN
 Ab 4 Uhr nachmittags:
 Gr. Militär-Doppel-Konzert.
INDIEN
 Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
INDIEN
 Geöffnet von 10 Uhr früh bis nach 11 Uhr abends.
INDIEN
 Carl Hagenbeck's Ausstellung am Kurfürstendam.

Fuhlmann's Vaudeville-Theater
 Schönhauser Allee 148.
Berliner auf Kuba.
 Burleske in 2 Bildern v. Victor Hinder. Vollständig neues Spezial-Programm. Anf. d. Ross. 4 1/2, d. Borch. 5 1/2, Uhr.
 Entree 30 Pf.
 Die Direktion: Ferd. Lehmann.

Offend-Carl Weiß-Theater.
 Gr. Frankfurterstr. 132.
 Beste Woche!
Sie ist wahnsinnig.
 Schauspiel in 2 Akten von Relesdine, deutsch von W. Leubert.
Der Weigenmacher von Cremona.
 Drama in 1 Akt von Fr. Coppée.
 Anfang 8 Uhr.
 Vorzugs-Billets haben Gültigkeit.
 Morgen: Dorf und Stadt.
 Am 6. September: Schlutz sel. Wittwa. Große Gefangenschaft von Dancab. Revität!

Luisen-Theater
 31. Neichenbergerstraße 34.
 Direktion: Rich. Anger.
 - Abends 8 Uhr zum 7. Male: -
Seine Puppe.
 Volkstüch in 3 Akten nach dem Französischen v. Max Schönaau. Musik von Fritz Krause.
 Hierauf zum 7. Male:
 Auftreten des ersten deutschen Verwandlungs-Schauspielers
A. Angeloti
 in seiner Tragi-Komödie
Entdeckt!
 (4 Personen dargestellt v. A. Angeloti.)
 Zum Schluß:
Die Komponisten
 Musikalischer Scherz von A. Angeloti.

Metropol-Theater.
 Behrenstraße 55-57.
 Direktion: Richard Schulz.
 Sonnabend, den 3. September 1898
Gründungs-Vorstellung
 in dem glänzend renovierten Hause.
 Nocturne. Zum 1. Male: Nocturne.
Das Paradies der Frauen.
 Gr. Ausstattungspost mit Gesang u. Tanz in 6 Bildern mit vollständig freier Benutzung von Blum u. Lohs's "Madame Saitan" von Jul. Freund. Musik von Jul. Einöderhofer u. Bert. Sänger. In Szene gesetzt vom Dir. Richard Schulz. Der choreographische Teil v. Balletmeister Louis Gundlach.
 1. Bild: Der Brief des Paris.
 2. Bild: Bei Verdon. 3. Bild: Ein Gespräch auf der Nonneninsel. 4. Bild: Sylvester-Rummel. 5. Bild: Eine Schächerhunde. 6. Bild: Eva's Vermählung (Ballet).
 Am 2. Bilde:
Puppenballet, ausgef. v. 36 Kindern.
Die Woden des Jahrhunderts.
 Ballet, ausgeführt von 60 Damen mit großer Ausstattung.
 Ververkauf von heute ab an d. Kasse d. Metropol-Theaters, Behrenstr. 55/57. Telefon: Nr. 2126. Amt I.

Concerthaus
 Leipzigerstr. No. 48
Letzte Saison vor dem Abbruch.
 Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
 Adalgisa.
 Adalgisa Schredensberger: Adolf Hoffmann.
 Anfang: Sonntags 7, Wochent 8 Uhr.
 Mittwoch, den 31. August:
Abchieds-Benefiz
 für Willy Walde.
 Vereinzimmer frei, geräumig, mit Piano. Simonsstr. 23, Plsek.

Feen-Palast-Theater
 Burgstr. 22. Burgstr. 22.
 Direktion: Winkler und Fröbel.
 Sonnabend, 3. Septbr. 1898:
Wiedereröffnung
 nach neu renovierten
Riesen-Theaters.
Gr. Fest-Vorstellung
 Auftreten des neu engagierten Spezialitäten- und Schauspiel-Personals.
 Real zum 1. Male: Neu!
's Ist unheimlich!
 Original-Burleske mit Gesang, Pantomime: Winkler und Fröbel.
 Anf. 7 1/2 Uhr, Sonnt. 6 Uhr.
 Entree 30 Pf. bis 1 M. 50 Pf.

Alcazar-Theater
 Dresdenstr. 52/53, Annonstr. 42/43
 Direktion: Richard Winkler.
 Sonnabend, den 3. September:
Eröffnung!
Gr. Fest-Vorstellung
 des durchweg neuengagierten Schauspiel- u. Spezialitäten-Personals.
Anfang: Wochent. 7 1/2 Uhr.
 Sonntags 6 Uhr.
 Entree 30 Pf. Res. Platz 50 Pf.

Schweizer Garten.
 Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn. Am Friedrichsbahn. Haltestelle der Ringbahn.
Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Im grossen Saale:
Damentanz und Ball.
Jeden Abend: Die Frauen-Garde. Gr. Ausstattungs-Burleske mit Gesang und Tanz.
Den Vereinen empfehlen wir für die Wintersaison unsere renovierten, 300 bis 800 Personen fassenden Säle zu ihren Privatfestlichkeiten.

Brauerei-Ausschank der Victoria-Brauerei, Stralan.
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
 Jeden Sonntag und Donnerstag: **Großes Garten-Konzert** und im elektrisch erleuchteten Riesensaal: **Grosser Ball.**
 Die Kaffeefläche ist den geehrten Damen von 2 Uhr an ununterbrochen geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich beständ. Sorge getragen. Um recht regen Besuch bitte hochachtungsvoll
 Karl Mittag, Oefenom.

Max Klien's Sommer-Theater,
 Hofenstraße 14/15. - Kritischer Leiter: Paul Milbitz.
 Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Monsieur Boisset mit seiner dreifachen Gunders und Hfen. **Mlle. Ernst, Athletin.** **Miss Ophelia's** dreifache Katabas. **Pepi und Pepino.** **The Picard's.** **Real! Das Gänse-gretel.** **Volkstüch** in 2 Bildern von E. Huer. - **Neu! Wenn Frauen weinen.** **Vestibül.**
 Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung:
Grosses Doppel-Konzert.
Gr. Grosser Ball.
 Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 Uhr.
 Max Klien.

Prater-Theater,
 Kasernen-Allee 7/9.
Schloss Trauenstein.
 Melodramatisches Märchen mit Gesang und Tanz in 4 Akten. von Hugo Schulz. Musik von H. Kerben.
Berg-Trio. **Itälich-gammaliches Volkstüch.** **The 3 Forleys.** **Chinesische Quattetten.** **Ely Viola.** **Kochkunst.** **Mr. Ransela.** **Kantiquarisch.** **Max Theo.** **Handgequilt.** **Jan und Jan.** **Andeouds.** **Morieys.** **Fata Morgana.**
Ballet. **Konzert** und **Ball.**
 Anfang 4 Uhr.
 Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf. **Kalbo.**

Reichshallen-Theater.
 Delzigerstr. 77.
Letzte Mittwoch:
Abschieds-Vorstellung
 unter Direktion Quarg.
 Auftreten sämtl. Spezialitäten und zum 82. und letzten Male:
Berlin auf Stelzen!
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
 Das Garten-Konzert beginnt um 7 Uhr.
 Vorzugskarten nur noch heute gültig.
Avis! Sonnabend, den 3. September cr.:
Eröffnungs-Vorstellung
 in **Quarg's Spezialitäten-Theater**
 Grand Hôtel Alexanderplatz.
 (Wohartiges Wandre-Programm.)
Bühne v. 2 Mact event. **Teil-** **sahung.**
Olga Jacobson, Invalidenstr. 148.

Mähr's Theater
 Oranienstr. 24.
 Eröffnung der Winter-Saison:
Donnerstag, 1. September cr.:
Neu! Kuli als Kuli
 oder:
Die Einführung nach Klauischon.
 Große Ausstattungspost.
Auftreten sämtl. Spezialitäten.
 Anfang 8 Uhr. Preise wie bekannt.
 Bond haben Gültigkeit.

Apollo-Theater.
 Letztes Auftreten der Gesangshumoristen:
Bender-Steidl-Blum, Milani-Tornay-Goltz,
 sowie das ausgezeichnete August-Programm.
 Kasseneröffn. 6 1/2. Anfang 8 Uhr.
 Donnerstag, den 1. September 1898:
Eröffnung der Wintersaison.
Otto Reutter.
 Jean Clermont. Mr. Taylor.
Consuela Tortajada.
 Emeline Ethardo. Comtesse Ferrucci.
 Les Minstrels Parisienne.
M^{lle}. Nelsa. Ducreux-Giraldue.
 Cordelly u. Herlieb. The Missouri.
 Cardowles-Troupe. Marga Biretta.
Der Kosmograf
 mit neuer aktueller Bilder-Serie.
 Anfang ab 1. September 7 1/2 Uhr.

Volks-Theater im Welt-Restaurant
 Dresdener Straße 97.
 Täglich: **Theater- und Spezialitäten-Vorstellung**
Neu! Novität! Neu!
Unser Junge.
 Poffe mit Gefang v. G. Braun.
Anfang: Wochentags 6 Uhr.
 Sonntags 5 Uhr.
Entree: Wochentags 20 Pfennig.
 Sonntags 40 Pfennig.
 Die Direktion: Aug. Kallg.

Konzerthaus Sanssoue
 Kottbuserstr. 4a. Int.: H. Pierry.
Heute: Gr. Extra-Vorstellung
 Anf. 6 Uhr. **Ball.** Entree 30 Pf.
Avis! Von Donnerstag, 1. Septbr. ab: Beginn der Winter-Saison.
 Zum 1. Male:
Ihre Familie.
 Volkstüch mit Gesang in 4 Akten von Georg Engel und Elinde.
 Die Vorstellungen finden nur Dienstag, Donnerstag u. Sonntag statt.

Dffbahn-Park.
 Am Kaiserplatz.
 Direktion: H. Imbs.
 Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
 Anfang des Konzerts:
 Wochent. 6 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
 Bei unglücklicher Witterung finden die Vorstellungen im großen Saale statt.
 Keine neubauten Plätze haben Vereinen zur Verfügung.

W. Noack's Theater
 Brunnen-Strasse 16.
 Täglich: **Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Eine Stunde Kaiser von Oesterreich.
 Historisches Lustspiel in 1 Akt von Oppenheim.
Liederk in Italien.
 Komisches Singpiel in 2 Bildern von Fritz Waldau.
 Musik von H. Thiele.
Am Saal: Ball.

Dr. Simmel
 Horitzplatz, (Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts).
Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden.
 10-2, 2-7. Sonntags 10-12, 2-4